

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Reichtum und Arbeit.

„Besitz ist keine Tugend, Besitz ist meist auch kein Verdienst, Besitz ist nur eine sehr angenehme Tatsache.“ Diese inhaltsschweren Worte sprach der uns christlichen Arbeitern unverrückbare Graf im Bart, der Staatsdirektor Graf von Potodowsky im Januar 1906 im deutschen Reichstag. Solcher Freimut dem König Dammton gegenüber ist ihm keine neue Feinde, die ihn auch ein Jahr später zu Fall brachten. In dem angeführten Satz liegt der Hinweis auf die Pflichten der Besitzenden gegenüber den Besitzlosen, gegenüber dem arbeitenden Volke. Diese Pflichten hat Potodowsky schon früher einmal im Reichstag deutlich umschrieben mit folgenden Worten: „Je mehr unser Reichtum steigt, desto mehr haben meines Erachtens die besitzenden Klassen die Verpflichtung, von ihrem Ueberschuß abzugeben an die besitzlosen Klassen, deren Hände Arbeit wir unzweifelhaft unsere industrielle Entwicklung mit verdanken.“

Leider handeln heute Kreise der besitzenden Klassen anders, oft im Gegenteil. Darum unsere Gewerkschaftsbewegung, die durch den Einfluß der Organisation dem Arbeiterstand seinen Anteil am Ueberschuß erringen muß. Nicht in der Form von unädig gewählten Almosen, wie man den — Geiben — „Wohltaten“ in der Form von Prämien für den Verzicht auf's Koalitionsrecht hinwirft, sondern als berechtigten Anteil am Ueberschuß für unsere Hände Arbeit. Das ist der Stolz des Arbeiters, das über die alltäglichen Bitternisse des Lebens erhebende Standeshemmnisse, die Erkennung des eigenen Wertes. Nicht ohne Gefahr für unser ganzes Volkleben wird man viele mächtigen Geistes in der Seele des Arbeiters zu unterdrücken versuchen. Besitz und Arbeit werden sich vertragen können — zum Wohle der Gesamtheit — wenn auf beiden Seiten gegenseitige Anerkennung und ehliches Pflichtbewußtsein die Richtschnur bildet. In der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sind diese beiden Grundpfeiler eines geselligen gesellschaftlichen Zusammenwirkens vorhanden.

Die Wirtschaftskrise.

Ein trübes Bild bietet die gegenwärtige Situation auf dem Wirtschaftsmarkt. Wie gewöhnlich bei wirtschaftlichen Umschlägen ist es auch jetzt wieder die Eisen- und Stahlindustrie, die zuerst und am schwersten davon betroffen wird. Daß die Arbeiter zunächst die Leidtragenden sind, haben wir wiederholt betont und wird auch jetzt wieder durch die Tatsachen aufs neue bewiesen. Von der Lage des rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlmarktes, die man wohl als Gradmesser der gesamten Metallindustrie betrachten kann, enthält der Preis vorzüglich informierte Mitarbeiter der Rhtn. Volkszeitg. ein sehr trübes Bild. Nachdem er die schädliche Preispolitik des Stahlwerksverbandes näher geschildert, sagt er von den einzelnen Spezialgebieten:

Bei Halbzeug hat sich die Macht der Verhältnisse schrittweise noch stärker erwiesen, als die Macht des Stahlwerksverbandes. Verbrauch und Absatz von Halbzeug lassen sich abgenommen. Sollte derselbe im Inlande schließlich nicht ganz unterbunden werden, so müßten die Preise herabgesetzt werden. Daß die Ermäßigung um Mk. 10 noch lange nicht genügt, um die Verbraucher vor Verlusten zu schützen, haben wir oben schon angedeutet. Diese werden daher auch letzten Grund haben, mehr, als dringend nötig ist, zu kaufen, um irgendwelchen Schaden abzuwenden. Das ergibt sich jetzt ein Ueberschuß von Halbzeug, der im Inlande nicht mehr unterzubringen ist, also nach dem Auslande abgeben werden soll.

Zu dem Zwecke sind die Preise fürs Ausland um Mark 15 unter den jetzt fürs Inland geltenden festgesetzt worden. Die früheren, so viel beklagten Erscheinungen wiederholten sich also: das Ausland wird von unseren Verbänden bedeutend bevorzugt und der fremde Wettbewerb dadurch gegen den deutschen gestärkt.

Im Schrotgeschäft herrschte bedrückte Stimmung und schwacher Verkehr. Bei der vielfach mangelnden Beschäftigung ist eben auch der Verbrauch von Werkzeug zurückgegangen und die Kaufkraft gering. Man deckt nur den nächsten Bedarf, da man noch auf billigere Preise rechnet. Diese bleiben matt, haben aber in den letzten Wochen doch sich nicht wesentlich geändert.

Auf dem Stabeisenmarkte herrschen trostlose Verhältnisse; eine Aenderung zum Besseren kann, so lange der in- und ausländische Bedarf stockt, nur dadurch herbeigeführt werden, daß die großen Stahlwerke ihre Herstellung von Stabeisen ganz bedeutend einschränken. Nun sind aber im Stahlwerksverbande bei seiner Erneuerung ganz bedeutend erhöhte Beteiligungsquoten festgelegt worden, welche damals überall schon Unruhe und Besorgnis hervorriefen; man fragte sich mit Recht, wo man mit dieser unnützlich gesteigerten Erzeugung bleiben wolle, wenn schlechte Zeiten kommen, und der Verbrauch zurückgeht. Jetzt ist diese Frage schon brennend geworden — nur wenige Monate nach der Erneuerung des Stahlwerksverbandes. Für die alten, geringeren Beteiligungsmengen findet sich heute Absatz nicht, geschweige denn für die gesteigerten, im Verbands aufgenommenen Mengen; dabei soll die Erzeugung in den nächsten Jahren noch weiter ausgedehnt werden, wie es im Stahlwerksverbande im Voraus festgelegt worden ist. Eine solche, über jedes Maß und einen selbst starken Bedarf hinausgehende unerfülllich gesteigerte Erzeugung muß notwendig sich empfindlich fühlbar machen und schweren Druck auf den ganzen Markt ausüben, der heute ganz zerrüttet ist. Der Mangel an Arbeit nimmt überall zu und bestimmt auch die Preise; ein eigentlicher Marktpreis besteht überhaupt nicht.

Bei Bandstahl hat sich das Geschäft auch immer ungünstiger gestaltet, wenn die Preise hier auch nicht durch einen zügellosen Wettbewerb so heruntergedrückt werden, wie bei Stabeisen. Immerhin muß Bandstahl diesem in etwa folgen, zumal wenn Nachfrage und Bedarf sich immer mehr abschwächen, und der Preis für Halbzeug auch um Mk. 10 heruntergesetzt worden ist.

Der Absatz von Trägern ist im November, wie schon vom Stahlwerksverbande mitgeteilt wurde, weiter erheblich zurückgegangen. Bei der völlig stockenden Bauaktivität und der Abnahme des Bedarfes für Konstruktionsarbeiten ist das ja auch nicht anders möglich. Auch die Ausfuhr ist schwach.

Das Blechgeschäft befindet sich anhaltend in recht trauriger Verfassung. Überall herrscht Arbeitsnot, bei den zahlreichen „reinen“ Walzwerken durchweg in stärkerem Maße, als bei den großen „gemischten“ Werken, welche eigenes Halbzeug verarbeiten. Der inländische Bedarf an Grobblechen ist sehr zurückgegangen und genügt dem Arbeitsbedürfnis bei weitem nicht; die Ausfuhr aber begegnet scharfem Wettbewerb, namentlich von englischer Seite, welcher Verluste verursacht. Besonders gedrückt bleibt das Geschäft in Feinblechen; aber die auf der ganzen Linie durchgeführte Einschränkung der Betriebe hat doch dazu beigetragen, daß die Preise auf der bisherigen, allerdings sehr niedrigen, verlustbringenden Stufe geblieben sind.

Der Drahtmarkt hat durch den Walzdrahtverband ein schweres Maßkrat erhalten, indem meistens der Preis für Walzdraht gehalten werden kann, und die Spannung von Mk. 10 gegen den Preis für gezogenen Draht eingehalten werden soll. Ob letzteres in allen Fällen geschieht, möchten wir bei starkem Arbeitsbedürfnis bezweifeln; dieses soll sich hier und da bei anwachsendem Drahtverbrauch wieder zeigen.

Der Bedarf an Walzdraht stark abgenommen hat, wenn die Werke auch noch leidlich gut beschäftigt sind.

Die Tätigkeit bei den Röhrenwerken ist verschieden; bei einzelnen liegt sowohl für Gasröhren, wie für Siederöhren noch vorläufig noch hinreichend Arbeit vor; andere aber sollen, wie wir hören, um Ausführungsaufträge drängen. Dabei kommt es etwas auf die Bevorzugung einiger Werke und Marken an. Im Inlande sind die Preise noch unverändert; Verbilligung der Streifenpreise dürfte auf sie jedoch nicht ohne Einfluß bleiben.

So ungünstig, wie auf dem Walzeisenmarkte, liegen bisher die Verhältnisse in manchen anderen Zweigen des weiterverarbeitenden Eisengewerbes doch noch nicht. Insbesondere sind alle Betriebe, welche für Eisenbahnbedarf arbeiten, noch immer gut besetzt. Bei Schienen und Schwellen helfen die reichlichen Bestellungen den Werken zum Teil über den empfindlichen Mangel an Arbeit in Träger- und Formeisen hinweg. In Fahrzeugen sind sowohl die Waggonfabriken, wie die Lokomotivfabriken voll beschäftigt und durch die neuen Aufträge der Staatsbahn schon bis zum Oktober 1908 mit lohnender Arbeit versehen. Ebenso bleiben die Beschlagteil- und Räderfabriken alle stark angepannt.

In den Maschinenfabriken ist die Lage nicht mehr überall günstig und gleichmäßig; der Rückgang im Eisengewerbe macht sich eben schon allenthalben bemerkbar, wenn auch nur langsam, da im Maschinengewerbe die Geschäfte ja meistens von langer Hand vorbereitet werden und längere Zeit zur Erledigung beanspruchen. Einzelne große Werke haben auch heute noch umfangreiche Arbeit vorliegen, namentlich in Werkzeug- und Gasstrahlmaschinen, so wie für das Ausland.

Die Eisenwerke haben auch noch gut zu tun, und verschiedene Gruppen erklärten, mit Rücksicht auf die teuren Rohstoffe und hohen Löhne die Güterpreise nicht ermäßigen zu können. Nun, wenn die Fehde unter den Hoheisenhändlern und Hochöfen so fortbauert, wie sie sich nun entsponnen hat, werden die Eisenwerke bald billiges Hoheisen kaufen können!

Bei Kleineisenzeug hat die Arbeit fast in allen Zweigen abgenommen, namentlich aber in solchen, welche mit Bandbedarf zusammenhängen. Wo nicht Vereinigungen bestehen, sind die Preise schwer zu halten und weichen langsam zurück.

So liegen zurzeit die Verhältnisse auf dem rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlmarkt und in den anderen Industriebezirken sieht es nicht besser aus, im Siegerland zum Beispiel noch schlechter, wie schon an dieser Stelle berichtet wurde. Aus allen Ecken und Enden werden Lohnabzüge, Feierschichten und Arbeiterentlassungen gemeldet. Natürlichermaßen müssen auch solche Unternehmer, die noch Arbeit genug haben, die Situation aus und sehen die Lohnabzugserscheinungen an. So hat zum Beispiel die Firma Thyssen in Mülheim an der Ruhr bedeutende Lohnabzüge — nach Zeitungsmeldungen sogar bis 20 Prozent — gemacht, obgleich die Arbeiter von einer Stockung bisher nicht das geringste gemerkt haben. Ebenso auf der Gutehoffnungshütte in Oberhausen (Rhtn.). Beträchtliche Lohnkürzungen haben ferner auf dem Werk „Phönix“ in D.-Saar, auf der Niederrheinischen Hütte in Duisburg, auf dem Rheinischen Stahlwerk in Meiderich, Press- und Walzwerk in Düsseldorf-Reisholz usw. stattgefunden.

Die Vereinigten Stahlwerke von der Thyssen und Wißener Eisenhütte, Aktiengesellschaft (sog. Räderfabrik), haben den Betrieb des Werkes an der Mülheimerstraße in Duisburg auf elf Tage vom 21. Dezember, bis zum Schluß des Jahres still stehen lassen. Damit steht auch wohl in Verbindung, daß in Wißener an der Sieg bereits ein dieser Gesellschaft gehöriger Hochofen ausgeblasen wurde. In der Baugewerkschaft von der Rhein- u. S. arlier

W. m. H. G., soll man die Entlassung von mehreren hundert Arbeitern erwogen haben. Wie uns jedoch aus Arbeiterkreisen mitgeteilt wurde, soll dieses Geschäft nur auf Fabrikfläch beruht haben. Die Waggonfabriken sind ja auch tatsächlich noch sehr gut beschäftigt.

Das Stahlwerk in Crefeld hat am 1. Januar die Hälfte der ganzen Belegschaft, etwa 190 Arbeitern, gekündigt, weil keine Arbeit mehr vorhanden sei.

Arbeiterentlassungen im größeren Maßstab werden auch aus der Automobilindustrie gemeldet. In erster Linie sind es die Automobilhersteller und die für sie arbeitenden Hilfsbetriebe, welche größere Entlassungen von Arbeitern vorgenommen haben. So wurde zum Beispiel die Zahl der Arbeiter der Automobilfabriken in Neckarsulm und Stuttgart, an letzterem Platze um einige Hundert, verringert. In Berlin sind die Monteur und Arbeiter in den Ausbesserungswerkstätten auf eine geringe Zahl zurückgegangen. Von der Automobilherstellung hat aber die Beschäftigungslosigkeit auch schon auf die Kautschukverarbeiter übergreifen. So hat in Hannover die Continental-Kautschuk-Kompagnie innerhalb weniger Tage etwa 600 Arbeiter entlassen, und in nächster Zeit sollen noch weitere 700 Arbeiter ihre Stelle aufgeben müssen.

Eine interessante Meldung aus Dortmund ging kürzlich durch die Tagespresse. Nach dieser Meldung haben dort eine größere Anzahl von mittleren und kleineren Betrieben des Eisen- und Metallgewerbes im Einvernehmen mit ihren Arbeitern bis auf weiteres eine Lohnherabsetzung um etwa 15% vorgenommen.

Die Meinungen gaben den Vertretern der Arbeiter, so heißt es in der erwähnten Meldung aus Dortmund, Aufschluß über den gegenwärtigen Stand der Arbeitsgelegenheit und stellten die Arbeiter vor folgende Wahl: Entweder müssen die Betriebe Entlassungen von Arbeitern vornehmen, oder jede Woche müssten ein paar Feierlichkeiten eingelegt, oder endlich müsste eine 10prozentige Lohnherabsetzung für die nächste Zeit vorgeesehen werden. Die Arbeiter waren grundsätzlich gegen Entlassungen, aber nach einiger Überlegung auch gegen die Einlegung von Feierlichkeiten. Sie entschlossen sich für vorübergehende allgemeine Lohnherabsetzung, wobei ihnen zugesichert wurde, daß bei entsprechender Debung des Bestandes an Aufträgen die alte Löhne alsbald wieder in Kraft treten sollten. Das Vorgehen der Dortmunder Betriebe ist in jeder Beziehung beachtenswert; einmal weil die Verwaltungen den Vertretern der Arbeiter die augenblickliche Lage mit weitgehender Offenheit darlegten und nicht über die Köpfe der Arbeiter hinweg beschließen, sondern mit diesen zusammen sich über die zu ergreifenden Maßnahmen besprachen wollten. Sodann haben aber auch die Arbeiter dadurch, daß sie Entlassungen auf alle Fälle zu vermeiden suchten, ein gutes Beispiel gegeben. Ob in dem vorliegenden Falle die Lohnherabsetzung der Einlegung von Feierlichkeiten vorzuziehen war, entzieht sich für den Beurteilenden der Beurteilung.

In dieser Meldung ist zunächst anzufügen, daß sie erfunden ist. In Dortmund ist kein Arbeiter, die doch die zunächst Beteiligten sein müssen, das geringste davon bekannt. Wenn sie wirklich wahr wäre, würden die betr. Arbeiter auf keinen Fall für eine Lohnkürzung, wohl aber für eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten sein, wenn sie nicht sehr unglücklich handeln wollten.

Gewiß ist Arbeitslosigkeit die schlimmste Geißel der Krise und die Arbeiter und ihre Organisationen werden alles versuchen, um diese Geißel so viel es eben möglich ist, von den Arbeitern fern zu halten. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit in vielen Städten schon bedenklich angewachsen. In Berlin soll ihre Zahl nach einer Feststellung der Gewerkschaften und Arbeitsnachweise über 30 000 betragen. Für zwei durch eine Zeitung ausgeschriebene Stellen als Theaterzuschreiber hatten sich nicht weniger wie 2300 Bewerber gemeldet, sodaß das Gebäude geradezu bestürmt wurde und die Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung einschreiten mußte.

Wehe denjenigen Arbeitern, die gleichgültig und stumpfsinnig in den Tag hinein gelebt und sich die Stütze und den Rückhalt der Organisation durch eigene Schuld selbst verschert haben. Die Unternehmer haben in den guten Jahren soviel eingeheimst, daß sie sich für die schlechten Zeiten weniger zu sorgen brauchen. Nicht offen hat dies kürzlich ein Vertreter eines Unternehmerverbandes in dünnen Worten ausgesprochen. Der Generalsekretär Dinges vom Verband deutscher Papierfabrikanten schrieb in Nr. 45 des Organs genannter Unternehmerorganisation:

„Selbst wenn ein Nachlassen der zurzeit immer noch hochgepanzten Wirtschaftslage eintreten sollte, so werden sich die Betriebe in der weit überwiegenden Mehrzahl der Industriezweige damit trösten können, daß ihnen die gute Zeit reiche Früchte getragen hat und daß sie selbst ihre Schätze ins Trockene gebracht haben. Nach den Zeiten können jetzt die weniger etten Jahre kommen. Die Fabriken sind gerüstet und sehen der minder guten Zeit ohne Sorge entgegen.“

Das ist ja recht offenerzig aus der Schule gehandelt, entzückt aber voll auf den Tatsachen. Leider

können dieses die Arbeiter von sich nicht sagen. Ihr kleiner Mehrverdienst während der Hochkonjunktur ist durch die anhaltende Teuerung aller Lebensmittel sowie der Mietpreise aufgewogen worden. Nunmehr macht sich der Umschlag für sie um so schlimmer bemerkbar.

Diese Verhältnisse aber müssen den denkfaulsten Arbeiter aufreißeln und ihn vor die Frage stellen: Was kannst du und was mußt du diesen Wechseljahren des Wirtschaftslebens gegenüber tun? Die einzige folgerichtige Antwort lautet: Du mußt dich jetzt unverzüglich der Organisation anschließen und dort gemeinsam mit Deinen Berufskollegen für Deine Sache eintreten und arbeiten! Die Organisation ist in der Lage — und zwar um so besser je mehr Arbeiter organisiert sind — die Folgen der Krise hintanzuhalten, mentalen abzuwehren. Die Organisation bietet ferner dem arbeitslos gewordenen Kollegen eine Unterstützung, die ihm das Nötigste sichert und ihn vor der öffentlichen Mißbilligung bewahrt.

Wie viel könnte jetzt speziell für die Arbeiter der Metallindustrie zu ihrem Besten geschehen, wenn die Zahl der Indifferenten im umgekehrten Verhältnis zur Zahl der Organisierten stände? Was die bisher unorganisierten in ihrem Stumpf Sinne und Egoismus an sich und ihrem Stand gesündigt haben, können sie garnicht ermaßen.

Doch manches können sie noch wieder gut machen, wenn sie jetzt endlich zur Besinnung kommen und ihre vornehmste Arbeiterpflicht erfüllen. Zur Mutlosigkeit und stillem Liegen in das Schicksal ist keine Zeit, auch keine Ursache vorhanden. Stärkt die Organisation, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband heißt jetzt sehr wahr je unsere erste Pflicht und heiligste Aufgabe. Dann wird auch für die Arbeiter eine Zeit anbrechen, wo sie an den Stürmen des Lebens getroßt entgegenblicken können.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat November 1907.)

In der Roheisenherzeugung war im Monat November ein wesentliches Nachlassen der Ausrufe zu bemerken, neue Geschäfte wurden nur in beschränktem Umfang abgeschlossen. Gegen den Vormonat fand mithin eine Verschlechterung statt, die hauptsächlich auf die ungünstigen Geldverhältnisse zurückzuführen ist. Die Verbraucher, die für die in Anspruch zu nehmenden Kredite sehr hohe Zinsen zahlen müssen, schränken deshalb ihre Betriebe erheblich ein. Nach dem Bericht dürfte sich das Geschäft wieder beleben, sobald normale Verhältnisse auf dem Geldmarkt eingetreten sind.

Die Eisengießereien hatten im allgemeinen genügend Arbeit; doch weichen stellenweise, so besonders aus Sachsen und Oberbayern teils Verschlechterungen der Lage, teils eine Minderung der seitens der Maschinenfabriken eingehenden Aufträge gemeldet. Arbeitskräfte brennen sich nach Bedarf an.

Der größte Teil der Stahl- und Walzwerke war wie im Oktober noch befriedigend beschäftigt, der Bestand dürfte sich gleichfalls im Rahmen des Vormonats gehalten haben. Die Beschäftigung war weniger umfangreich, als im November 1906, und der Bestand dürfte hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben sein, da der hohe Geldstand, die Unsicherheit der Baufrage und die amerikanische Krise eine Zurückhaltung des Konsums zur Folge hatten. Ein geringerer Geschäftsgang zeigte sich in besonderem Maße, wie aus Westfalen gemeldet wird, in den Produkten Stab- und Bandstahl, Schmiede- und Facongußstücke. Da diese Produkte nicht subventioniert und daher im Preise frei sind, so machte sich beim Nachlassen der Nachfrage einerseits eine Preisfallende bemerkbar, die die Verbraucher misgünstig machte und sie veranlaßte, mit den Aufträgen möglichst zurückzuhalten. Die Arbeitskräfte reichten fast überall völlig aus, nur in Oberbayern herrscht der Arbeitermangel unverändert an.

In den Blechwalzwerken trat gegen den Vormonat wiederum eine Abschwächung ein. Nach dem Bericht aus dem Rheinland reicht der Inlandsbedarf bei weitem nicht aus, um die Produktion der Werke zu decken; die überschüssigen Mengen ins Ausland zu begeben war nicht möglich, da die Rohstoffverhältnisse trotz erhöhter Preise seit längerer Zeit keine Ausfuhrvergütung gewährten. Die erst in letzter Zeit bewilligte Exportprämie genügt dem Bericht zufolge kaum, um gegen belgische und englische Werke konkurrenz zu können. Im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Lage wurden fast überall Feierlichkeiten eingelegt, einige Werke nahmen Lohnherabsetzungen bis zu 10% vor.

In den Röhrenwerken trat gegen den Vormonat gleichfalls stellenweise eine leichte Abschwächung ein.

In den Nadelwerken war das Geschäft wie im Vormonat befriedigend.

In der Drahtindustrie war die Beschäftigung und der Bestand nach den Berichten aus Oberbayern und dem Rheinland vielfach erheblich schlechter als im Oktober und im November 1906. Die Verschlechterung wird teils auf die anomalen Geldverhältnisse teils auf die ungünstige Beurteilung der

Marktfrage seitens der Käufer, die sich infolgedessen eine große Zurückhaltung auferlegen, zurückgeführt. Auch in der Drahtstiftfabrikation wurde der Geschäftsgang, den Berichten zufolge, schwächer.

Die Lage in der Rhein-Weiber Kleinindustrie war nach wie vor schleppend; in den meisten Betrieben liegen Aufträge für längere Zeit nicht vor, der Bestand an solchen reicht noch zur Aufrechterhaltung des Betriebs im bisherigen Umfang hin. Die Betriebe, die Schrauben, Muttern und Nieten herstellen, hatten nach dem Bericht aus Schlesien immer noch Arbeit, doch war der Eingang an Aufträgen schwächer als im Vormonat und im November 1906. Die Verkaufspreise machten, demselben Bericht zufolge, eine kleine Bewegung nach unten und folgten somit dem etwas gesunkenen Eisenpreis. Die Fabrikation von Schmiedestücken war nach dem Bericht aus Westfalen ziemlich gut beschäftigt; die Münberger Blech- und Metallwarenfabrikation hatte andauernd viel Arbeit. Seit März streifen in einer Stahlwarenfabrik des Solinger Bezirks die Arbeiter um die Hausindustriellen; ihre Forderung an die Arbeitgeber geht dahin, nur organisierte Arbeiter anzustellen.

Der allgemeine Maschinenbau war dem Bericht zufolge im Monat November mit Aufträgen noch ausreichend versehen, wenn auch manche Betriebe klagen, daß der Eingang an Aufträgen hinter dem des Vormonats zurückblieb. Das Angebot an Arbeitskräften reichte aus.

Die Beschäftigung in den Dampfmaschinenfabriken und Armaturwerkstätten war im allgemeinen ausreichend; doch war vielfach eine Abschwächung zu beobachten, die in dem einen Teil der Betriebe als regelmäßige Erscheinung der Jahreszeit gedeutet wird, in dem andern Teil auf den hohen Diskontsatz zurückgeführt wird, der die Abnehmer veranlaßt, nur die notwendigsten Anschaffungen zu machen. Im allgemeinen war weder Arbeitermangel noch ein Ueberangebot an Arbeitskräften vorhanden.

Der Bau von Wärmekraftmaschinen war wie aus Bayern gemeldet wird, im Monat November gut beschäftigt; der Eingang an Bestellungen war jedoch wie im Vormonat ungenügend. Dieser Umstand wird darauf zurückgeführt, daß die Gütenwerke in Hinblick auf die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage mit Neuananschaffungen zurückhalten. Jüngere Arbeiter waren in Bayern genügend vertreten, ältere erfahrene fehlten. Der Werkzeugmaschinenbau hatte nach den Berichten gut zu tun. In einem Betriebe Nordwestdeutschlands mußte wegen der kurzen Liefertermine durchweg mit Ueberstunden gearbeitet werden.

Die Betriebe für landwirtschaftliche Maschinen hatten in Rückblick auf die vorgeschrittenen Jahreszeit der Mehrzahl der Betriebe zufolge die Arbeit, was auf die gute Ernte und den andauernden Mangel an ländlichen Arbeitern bestand, was aus Augsburg berichtet wird, immer noch ein schwaches Angebot; gewöhnliche Arbeiter waren genügend vorhanden. Die Lage im Lokomotivbau war nach dem Bericht aus Mitteldeutschland ruhig, doch machte sich gegen den Vormonat eine geringe Verbesserung bemerkbar, sodaß der Geschäftsgang nicht schlechter war als im Vorjahr. Zur Bewältigung des vorliegenden Arbeitsquantums war noch immer die Einlegung von Ueberstunden erforderlich. Nach dem Bericht aus Baden war die Lage gut, ging aber verglichen mit dem Vormonat infolge der Zurückhaltung der Käufer zurück.

Der Walz- und Walzmaschinenbau hat wie im Oktober gut zu tun.

Daselbe kann von dem Maschinenbau für die Textilindustrie gesagt werden. Allerdings wird ein Nachlassen des Geschäftsganges im Textilmaschinenbau, das auf den verminderten Tüllbedarf in der Stickerei infolge der geringeren Aufträge aus Nordamerika zurückgeführt wird, und im Stickmaschinenbau, das gleichfalls auf die geringere Nachfragefähigkeit des nordamerikanischen Marktes zurückgeführt wird, aus Sachsen gemeldet.

Die Betriebe für Baumaschinen und eben für Holzbearbeitungsmaschinen waren dem vorliegenden Berichten zufolge mit Aufträgen gut versehen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften konnte gedeckt werden.

Im Papiermaschinenbau war infolge der Aufträge volle Beschäftigung vorhanden, doch war im Zusammenhang mit dem hohen Diskontsatz ein Nachlassen der Nachfrage bemerkbar.

Der Geschäftsgang in den Betrieben, die Metallreimaschinen herstellen, war nach dem Bericht aus Sachsen etwas geringer als in den Vormonats, was der Bericht auf die Verschiebung der Liefertermine zurückführt.

Die Beschäftigung im Bergwerksmaschinenbau war wie im Vormonat recht lebhaft, stellenweise wahrnehmbare Abschwächung wird auf vorgeschrittene Jahreszeit und auf die ungünstigen Verhältnisse am Geldmarkt zurückgeführt.

In der Fahrradfabrikation wird allgemein für den Frühjahrsbedarf, da der Verkauf der Fahrräder im Winter naturgemäß geringer ist, eifriger gearbeitet, sodaß die Fabrikation keine wesentliche Verminderung erleidet.

In der Industrie für Sebzeng- und Tand-Portalanlagen trat, besonders nach den Berichten aus Berlin, verglichen mit dem Oktober eine Verschlechterung ein, die auch hier auf den hohen Discontsatz zurückgeführt wird. Das Angebot an Arbeitskräften war überall ausreichend.

In den Betrieben für Eisenbahn- und Schiffbaumaterial trat keine wesentliche Veränderung der guten Lage ein.

Der Beschäftigungsgrad in Brücken- und Eisenkonstruktionsbau war im allgemeinen ausreichend; in Nordwestdeutschland mußte vielfach mit Ueberstunden gearbeitet werden. Wenn stellenweise eine kleine Abflauung eintrat, so hatte dies seinen Grund darin, daß die Verbraucher infolge der sinkenden Rohmaterialpreise mit den Bestellungen zurückhalten.

Der Lokomotivbau war nach wie vor mit Arbeit voll besetzt. Das Angebot von Arbeitskräften war im Berichtsmonat im allgemeinen normal.

Die Eisenbahnwagenfabriken waren vielfach bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Ein Mangel an Facharbeitern wird lediglich aus Duisburg und Wörth gemeldet, sonst reicht das Angebot vollkommen aus.

(Reichsarbeitsblatt.)

Das Organisationsmonopol im Buchdrucker-gewerbe gefallen.

Zwischen dem deutschen Buchdruckerverein (Prinzipalsorganisation) und dem Verband der deutschen Buchdrucker (freie Gehilfenorganisation) ein besonderer Organisationsvertrag abgeschlossen, dessen § 4 bestimmte, daß nur Mitglieder des „freien“ Buchdruckerverbandes in tarifstreuen Buchdruckereien beschäftigt werden dürfen. Diese Bestimmung, die sämtliche Gehilfen in den „freien“ Verband zwingen mußte, hat in der Öffentlichkeit den schärfsten Widerspruch hervorgerufen. Insbesondere hat der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossene Gutenbergbund energigsten Kampf dagegen geführt, handelte es sich doch für diesen Verband um Sein oder Nichtsein.

Dem allgemeinen Druck nachgehend, ist das Organisationsmonopol nunmehr von den beiden in Frage stehenden Organisationen fallen gelassen worden. In der neuen abgeänderten Form bestimmt § 4, daß nur tarifstreue Gehilfen beschäftigt werden dürfen. Gleichzeitig ist auch der § 6 des Organisationsvertrages gestrichen, der bestimmte, daß das Tarifamt nur aus Vertretern der beiden Organisationen (Prinzipale und Gehilfen) zusammengesetzt sein dürfe. Für unsere ganze zukünftige Tarifbewegung ist der Ausgang dieses Kampfes von großer prinzipieller Bedeutung. Wäre es dem Buchdruckerverband gelungen, nur seine Organisation als tariffähig anerkannt zu sehen, so wären Tausende von Buchdruckern, die mit der sozialistischen Tendenz des Buchdruckerverbandes nicht einverstanden sind, gezwungen, doch dem Verbande anzugehören. Jetzt ist die Bahn frei. Jeder Buchdrucker, der an der Forderung des Gewerbes mitarbeiten will, hat dazu Gelegenheit, ohne daß er seine politische oder religiöse Ueberzeugung preisgeben braucht, indem er sich dem Gutenbergbunde anschließt und dort seine wirtschaftlichen Interessen vertritt.

Eine Ueberblick über den Verlauf dieses prinzipiell wichtigen Kampfes, sowie ein interessantes Stimmungsbild über die gegenwärtige Situation im Buchdruckergerberbe geben folgende Ausführungen des „Typograph“, Organ des Gutenbergbundes. Zum endlich ersehnten Sieg schreibt er:

Der Organisationsvertrag im Buchdruckergerberbe

war im verflossenen Jahre das Agitationsmittel des Verbandes und weil in demselben, im § 4, dem Verbande eine gewisse Monopolstellung in Bezug auf das „Recht auf Arbeit“ eingeräumt war, gebot uns die Pflicht des Selbsterhaltungstriebes, gegen den Plan einer Monopolisierung des Verbandes im deutschen Buchdruckergerberbe ganz energigsten Front zu machen.

Endlich ist die Bahn frei! Das Tarifmonopol des Verbandes, das im § 4 des Organisationsvertrages seine Verkörperung fand, liegt am Boden. Nicht von selbst und von ungefähr ist es dahin gekommen, sondern nach heftigem Kampfe, nach zielbewusster heißer Arbeit, die Schulter an Schulter gemeinsam mit dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften geleistet werden mußte und auch geleistet worden ist.

Das Bestreben des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, die Alleinherrschaft im deutschen Buchdruckergerberbe anzutreten, ist an der Macht der Verhältnisse glücklicherweise zerbrochen, nicht nur zum Segen des ganzen deutschen Buchdruckergerberbes, sondern zum Segen des ganzen deutschen Reiches und der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Denn es handelte sich hier um die Frage: „Sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften heute, im Gegenwartsstaate, mächtig genug, um andere Gewerkschaftsangehörige kurzerhand durch deraartige Monopolverträge, die einen Organisationszwang in sich schließen, einfach langsam aber sicher zu erdrücken?“

Es war also nichts anderes als eine reine Machtfrage der freien Gewerkschaften gegenüber den christlichen. Und von diesem Gesichtspunkte aus mußten die Monopolbestrebungen des „freien“ Verbandes von der Gesamtheit der christlichen Gewerkschaften gemißbilligt und beurteilt werden. Deshalb schrieb das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ mit Recht: „In dieser Konstellation von der Leitung der christlichen Gewerkschaften bei der Tötung eines Vertrages, in dem einem der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände das Organisationsmonopol eingeräumt werden soll, etwa Vorgesetzterpolitik zu erwarten, würde eine außerordentliche Naivität ver-raten.“

Dazu kam noch, daß sich einflussreiche Blätter, wie z. B. die „Soziale Praxis“, ebenfalls scharf gegen den im Vertrage geplanten Organisationszwang zugunsten des Verbandes wendeten, indem sie darin eine Einschränkung des Tarifgemeinschaftsprinzips erblickten, denn „solange eine gesetzliche Zwangsorganisation nicht besteht, sollte der Genuß einer das ganze Gewerbe beherrschenden Einrichtung, wie der Tarifgemeinschaft, nicht auf eine wenn auch noch so große Organisation unter Ausschluß sonst vorhandener Organisationen beschränkt werden, um nicht gegenwärtig gestante Nutzen-seiter künstlich zu züchten oder aber privatomopolistisch die allgemeine Zwangsorganisation zu errichten. Denn zwingt man die bisher anders Organisierten durch Einengung der tariflich beherrschten Arbeitsgelegenheit in jene privilegierte Organisation hinein, so verleiht man ihr damit ein Organisationsmonopol, das sich zur Koalitionsfreiheit ebenso verhält, wie das syndizierte Rohstoffgeschäft zur Gemeinheitsfreiheit.“

Auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, deren Angehörige aus dem Buchdruckgewerbe ebenfalls außerhalb des Vertrages standen, trafen zugleich die umfassendsten Vorkehrungen, um das Monopol des Verbandes zu verhindern.

Und endlich setzte der Arbeitgeberverband im Buchdruckgewerbe noch alle Hebel in Bewegung, um dem „freien“ Verbands ein möglichst machtvolles „Galt“ in seinen Machtgelüsten zuzurufen.

Der wirtschaftliche Einfluß all dieser Kreise zusammen genommen, war bedeutend stärker als der Verband. Ja, die Stimmung gegen die Machtgelüste des Verbandes war in letzter Zeit derartig stark, daß die maßgebenden Verbandsführer endlich einsehen mußten, daß mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die allein mit dem Verbands liiert blieb, die öffentliche Meinung geschlossen für den Gutenberg-Bund und dessen Recht einzutreten bereit war. Ein Beharren auf der Macht der brutalen Gewalt hätte für die Organisation des Verbandes die schwersten Folgen heraufbeschworen.

Das Ausarren unserer Mitglieder in dem beispiellos wüsten Treiben der Gegner, die ihre einmal gewonnene Position nicht preisgeben wollten, hat mit diesem Sieg erloschen. Nun, nachdem der Stärkere, das Gerechtigkeitsgefühl des Volkes, dem Starken den Raub genommen, steht der Gegner des Bundes die Miene des Zerbröckelns an, dem die Tranken zu saner waren.

Die eigenartige Taktik des Verbandes kommt in ihrer ganzen Verstellungskunst zum Ausdruck, wenn es in dem „Korr.“-Artikel heißt: „Der Kampf des Gutenberg-Bundes gegen den Vertrag war um so deplatziert, als ja nach den tariflichen Bestimmungen keinen tarifstreuen Gehilfen der Eintritt in eine tarifstreue Druckerei verweigert werden kann. Außerdem wird sich der Verband nie auf den Standpunkt stellen, irgend einem tarifstreuen Gehilfen die Arbeitsmöglichkeit zu entziehen.“ Der Tische las man es anders. So in der Theorie und wie steht es in der Praxis?

Wenn es weiter in dem Artikel heißt: „Auch außerhalb sind nunmehr alle Gemeinisse gefallen, welche einer tarifstreuen Betätigung des Gutenberg-Bundes angeblich im Wege standen,“ meinen wir, daß es mit dem diplomatischen Worte „außerhalb“ für uns solange sein scheinbares Bewenden hat, wie man nicht dazu übergeht, auch innersich gechehenes Unrecht gut zu machen. Hierzu scheint man aber nicht bereit, sonst würde man nicht noch zum Schluß des von aufeinander Großmütigkeit getragenen Artikels behaupten können, daß die Mehrzahl der Bundesmitglieder in „tarifstreuen“ Druckereien arbeiten. Die Lügen haben kurze Beine und der von uns demüthigt gestiefelte Nachweis der „Tarifstreue“ wird auch diese Behauptung des „Korr.“ wie Spreu verwehen lassen.

Nun, die Bahn ist frei, an unserer christlichen Tarifarbeit soll es in Zukunft nicht fehlen. Will der Verband in dieser Beziehung mit uns gemeinsam wirken, wir sind bereit.

Wenn jetzt die „Zeitschrift“ schreibt, daß sich die Organisationen deshalb im Gewerbe vertraglich zusammenfinden, um das Gewerbe zu heben und weil sie sich zur Respektierung und Durchführung der tariflichen Rechte und Pflichten der Prinzipale und Gehilfen verpflichtet fühlen, so betonen wir, daß es ein Gebot der Gerechtigkeit ist, daß alle Organisationen, die von den gleichen Grundrhythmen durchdrungen und besetzt sind, möglichst in diese Verträge aufgenommen bezw. ein Vertragsabluß mit ihnen angestrebt werden muß, um dadurch, wie der „Korr.“ betont, „dem Gesamtgewerbe die Segnungen eines besriedigenden Nebeneinanderarbeitens seiner Angehörigen auch für die Zukunft garantieren.“

In diesem Sinne nehmen wir die neue Vorkchaft über den Fall des Monopols des Verbandes freudig entgegen.

Und wenn der „Verband“ und der „Deutsche Buchdruckerverein“ in Zukunft in oben angeedeutem Sinne auch gegenüber der Organisation des Gutenbergbundes handeln, dann wird die große Kunde der Weihnachts-Vorkchaft: „Friede auf Erden und dem Menschen ein Wohlgefallen!“ auch machtvoll im Deutschen Buchdruckergerberbe einziehen zum Segen des ganzen Volkes.

In der Wende von 1907 aber rufen wir mit ungebrochener Kraft dem neuen Jahre zu:

Die dem Tode Geweihten grüßen dich!

Aus dem Siegerland und seiner Arbeiterbewegung!

Hier im Siegerland herrscht zurzeit ein so wildes Durcheinander, in Bezug auf die Arbeiterorganisationen, wie wohl kaum in einem Industriebezirke Deutschlands. Zurzeit bemühen sich nämlich die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit allen nur möglichen Mitteln, um die Arbeiterchaft vor den roten Gewerkschafts- und Parteifarren zu spannen. Als Beantwörter und Vertreter der sozialdemokratischen Ge-

werkschaften fungiert Herr Vogt, der zugleich auch als sozialdemokratischer Durchfalls-Kandidat bei den letzten Reichstagswahlen aufgestellt war. Als weitere Organisation finden wir die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die sich in der Person des Herrn Ziegler ebenfalls einen Beamten nach Siegen zugelegt haben. Nebenbei verlegt sich Herr Ziegler auch noch in ausgedehntem Maße auf Rechtschuhfertigung. In seinen Monatsberichten gibt er einen Ueberblick über die Forderungen des Arbeitersekretariats und da findet man, daß von 100 bis 120 Auskunftsfindenden 70 bis 80 mindestens den „Deutschen Gewerkschaften“ Hirsch-Dunckerscher Richtung angehören. Wo mögen die armen Hirsch-Dunckerschen Kollegen, die jetzt in so großer Zahl Auskunfts- und Rechtschuh nachsuchen, nur früher sich Rat geholt haben. Wirklich, die Herren Generalräte in Berlin haben einen lichten Augenblick gehabt, als sie für Siegen als Sitz eines Arbeitersekretariats sich entschieden haben. Nebenbei bemerkt bewarb sich auch Herr Ziegler, der jetzige Hirsch-Dunckersche Arbeitersekretär, um das Reichstagsmandat im Kreise Siegen als Kandidat der National-Sozialen oder freisinnigen Vereinigung. Aus seiner richtigen Farbe vermochte niemand so recht Flug zu werden. In Siegen ist es Herrn Ziegler auch bereits gelungen, ein Ortsgruppen des „entschiedenen Liberalismus“ zu gründen! Hat der Mann aber Glück gehabt!

Dann finden wir als dritte Richtung den „Verband christlich-national-gehaltener Arbeiter für den Kreis Siegen“, kurzerhand Lokalverband genannt. Von demselben ist besonders nichts zu berichten, als daß es so langsam am absterben ist. Er veranstaltet Weihnachtsfeiern mit Bescherungen und läßt sich die Geschenke von den Herrn Arbeitgeberern verehren, nachher große Dankessammlungen in der Zeitung veröffentlichen. Ob unsere Siegerländer Arbeitgeber bei diesen „Geben der Liebe“ an das Sprichwort denken: „Mit Speck fängt man Mäuse!“, wer weiß —? Dann muß noch erwähnt werden, daß Herr Gustav Ermer, Vater der Selben, aus dem Lokalverbänden hervorgegangen und scheint Herr Dreidebach, zurzeit Vorsitzender des Verbändchens, mit besonderem Stolz auf diesen seinen Schüler zu blicken, denn Ermer hat sich während seiner Tätigkeit im Eisenerz Arbeiter-Konsum-Verein als ein jüdischer Kopf erwiesen, ließ er sich doch von einer Firma für die ihm zugewiesenen Aufträge eine schöne Provision zahlen, alles natürlich nur im Interesse der Arbeiter. Selbstverständlich!

Dann hat das Verbändchen, man höre und staune, auch noch eine Zeitung. Selbige erscheint alle 14 Tage und tut den Mitgliedern kund und zu wissen, was der hohe Rat in Eisenerz seinen Untertanen mitzuteilen für gut befindet; soweit sie das Organ überhaupt lesen. In seiner letzten Nummer beschäftigt sich das Blättle auch mit dem Streik auf dem Hüttenhainer Walzwerk und nimmt dazu Stellung. Am 11. bezw. 15. November brach der Streik aus, als einzige beteiligte Organisation kam der Lokalverband in Frage und in Nr. 26 ihres Verbandsorgans vom 21. Dezember nimmt die Zeitung Stellung dazu! Also nach reichlich 5 Wochen, doch halt, es ist nur „ein Mitglied“, daß seine Gedanken wiedergibt, der Vorstand hat heute noch seine Sprache nicht wiedergefunden, die er verloren hat bei der furchtbaren Nachricht, daß einige seiner Mitglieder freies! Es scheint fast in der Tat so, als ob Dreidebach alt und müde sei, wie er kürzlich selbst in einem Leitartikel jammerte. Er war der einzige, der wirklich ein Herz für seine Mitarbeiter hatte, aber Eckhardt und Genossen, das ist eine Korona, Herr —! In fraglicher Artikel über den Streik heißt es unter anderem:

„Arbeitersekretär Buchner-Siegen legt viel Gewicht auf die bestehenden Mißstände in diesem Werk, zum Beispiel schlechte Aborte, keine Waschküchen, keine Speisezimmer, Zugluft usw. Von Seiten der hiesigen Arbeiterchaft wird auf diese Sachen wenig Gewicht gelegt, sondern mehr auf gute Löhne und gute Behandlung, und dann die Sonntagsruhe. Diese ist auf sämtlichen Werken des Siegerlandes eingeführt worden. Auf diese Errungenschaften können wir mit Stolz zurückblicken und stehen andere Gegenden noch weit hinter uns zurück.“

Beim Lesen dieser Sätze saßte sich Schreiber dieser Zeilen unwillkürlich an den Kopf; kann ein denkender Arbeiter solches Zeug schreiben. Beschauen wir uns diese Errungenschaften mal etwas genauer; zunächst die Sonntagsruhe, die auf allen Werken des Siegerlandes eingeführt sein soll! In Wirklichkeit gehen Sonntag für Sonntag hunderte von Hüttenarbeitern auf die Schicht oder kommen Sonntags morgens von der Schicht; eine wirkliche Sonntagsruhe kennt man hier nicht. So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Oder will der Artikelschreiber die vielen Feiertags-Sonntags und Montags als eine Errungenschaft des Lokalverbandes hinstellen und die Arbeiter anscheinend bei diesem wirtschaftlichen Niedergang noch obendrein verhöhnern? Zuzutauen wäre es ihm schon.

Dann die „gute Behandlung!“ Die war gerade auf dem Hüttenhainer Walzwerk derartig, daß den Arbeitern Liebe verabfolgt wurden. Einem Kollegen war die Zugstange der Karre, worauf das Blech transportiert wird, wider den Kopf geschlagen. Der Mann wollte sich kurz nachher einen Branten-

...da er nicht mehr weiter arbeiten konnte. Von dem Herrn Meister wurde ihm noch eine Ohrfeige dazu gegeben, einen Krampfschein gab aber nicht. Der Kollege starb bald darauf an den Folgen einer Gehirnerkrankung! Soviel über die gute Behandlung! Dann die guten Löhne! Laut der Anweisung der Rhein-Westf. Hütten- und Walzwerks-Vereinsgenossenschaft betragen die Durchschnittslöhne der Vollarbeiter im Bezirk Essen im Jahre 1906 1615,00 Mark, im Bezirk Siegen aber nur 1357,00 Mk., also weniger 261 Mk. pro Jahr. Das Siegerland steht damit an zweifelhafte Stelle. Im Gebiet obererwähnter Vereinsgenossenschaft ist es nur der Bezirk Koblenz, wo noch schlechtere Löhne bezahlt werden, wie im Siegerland, in allen andern Bezirken ist der Lohn höher. Also auch diese Ertragserschaft ist sehr zweifelhafter Natur.

Bezüglich der Arbeit sei nur angeführt, daß derselbe vor einigen Tagen auf dem Hüttenhain Walzwerk derartig überfüllt war, daß die Arbeiter Ziegelsteine rechts und links auflegten, darüber wurde ein Brett gelegt, damit die Leute sich nicht beschmutzten! Denn der Gewerkschaftsleiter des Siegerlandes hat nicht als einen unwürdigen Zustand empfunden, so ist das keine Sache, er soll aber nicht denken, daß alle Arbeiter gegen solche schweinemäßigen Zustände so unempfindlich sind, wie der Berichterstatter des Siegerlandes es anscheinend zu sein scheint.

Damit wollen wir für heute vom Siegerland Abschied nehmen, bedauern muß man nur, daß sich noch soviel Arbeiter finden, die solches Zeug lesen.

Wir kommen nun zu einer andern Richtung, es sind die Berliner Fachabteilungsleute, die in Kirchen einen eigenen Sekretär haben. Weiter ist von der Seite wirklich nichts zu bemerken. Der Sekretär scheint wenig Arbeit und viel freie Zeit zu haben, und sich dabei recht gemütlich zu fühlen. Solange er sich ruhig in seinem Bau verhält, wollen wir sein Verhalten Dasein nicht stören und gute Freunde mit ihm bleiben.

Als letzte und auch jüngste Organisation kommt der christlich-sozialer Metallarbeiter-Verband in Betracht, der hier nach unserem Zentralvorsitzenden Kurzweg der Arbeiter-Verband genannt wird. Erst seit dem Anfang des vorigen Jahres, seit März 1906 sind wir auf dem Plan, aber schon auf mancher Arbeitsstätte ist durch unser direktes Vorgehen oder durch scharfe und auch nur zu berechtigte Kritik für Besserung und Beseitigung mancher Mängel Sorge getragen worden. Auch die bisherige Entwicklung berechtigt zu den schönsten Hoffnungen, wenn der Geist der Arbeits- und Opferbereitschaft so bleibt, wie er an manchen Orten ist und wenn auch die Ortsgruppen, wo augenblicklich etwas Laune herrscht, sich aufrufen zur treuen, ausdauernden Mitarbeit, dann wird der Erfolg noch ein um so größerer sein.

Allem Anschein nach wird auch das Siegerland in Zukunft vor wirtschaftlichen Kämpfen nicht bewahrt bleiben, das zeigen uns die Erscheinungen der letzten Tage. Mitte Dezember war auf dem Geisweider Eisenwerk und der Bremer Hütte durch Anschlag bekannt gemacht worden, daß seitens der Verwaltungen Lohnreduzierungen von 5-10 Prozent vorgenommen werden sollten; ein bestimmter Zeitpunkt war nicht angegeben. Dieserhalb gab es natürlich unter der Arbeitererschaft große Aufregung, denn die Leute waren wegen eines solchen Vorgehens empört; man war allgemein der Ansicht, daß angesichts der guten Jahreserträge besonders der Geisweider Eisenwerke dieser Weg nicht notwendig wäre. Die allgemeine Bewegung veranlaßte die sozialdemokratischen Gewerkschaften für ihre Zwecke auszunutzen und hatten sie für den 16. Dezember eine Besprechung einberufen, die beim Wirt Herr J. in Olafsdorf stattfinden sollte. Seitens der Polizei wurde die Besprechung als nicht angemeldet aufgelöst. Man hatte es aber auch sorgfältig vermieden, mit der wahren Sache hervorzutreten, die wichtigsten der in der „Besprechung“ Anwesenden mußten, daß es eine sozialdemokratische Veranstaltung gewesen, worin sie sich befanden.

Es wurde nun seitens „mehrerer Arbeiter“ der Eisenwerke eine neue Versammlung einberufen. Wiederum saßen am Vorstandstisch ein freigelegter roter Metallarbeiter und Herr Gogowski, der sozialdemokratische Reichstagskandidat. Nach einigen einleitenden Worten eines auf dem Eisenwerken beschäftigten Schlossers nahm dann auch der Führer der hiesigen Genossen das Wort, weniger um zur Sache zu sprechen, sondern um auf die Behörden zu schimpfen, die die erste Besprechung vereitelt hätten. Zur Diskussion meldete sich aus nächstliegenden Gründen kein Arbeiter des Werks, auch der Bezirksleiter des roten Verbandes, Spiegel aus Düsseldorf, der mitten in der Versammlung lag, hielt es für geraten, nicht ins zu sagen. Das gab unserem Kollegen Buchner Veranlassung, mal das Gebahren der „Rotten“ etwas näher zu beleuchten, die hier mit allerlei Mitteln versuchen, die christlich-geimmten Arbeiter für die roten Gewerkschaften einzuzugewinnen. Buchner betonte, daß etwas Besonderes geschehen solle, gehe schon daraus hervor, daß Herr Spiegel von Düsseldorf da sei, wenn auf gewerkschaftlichem Gebiet ein so alter Fisch in einer Versammlung wie der heutigen erscheine, dann müsse schon ein besonderer Grund da sein. Nachdem Kollege

Buchner dann noch die Taten der Sozialdemokratischen Organisationen vorgeführt und dann unter großem Beifall geschlossen, war auch Spiegel mittlerweile redselig geworden. Aber wie „dies Kind, kein Engel ist so rein.“ Spiegel erzählte der Versammlung, wie „rein zufällig“ er von Hagen nach Siegen gekommen sei, von dem, was in der Versammlung geirren werden sollte, habe er keine blasse Ahnung gehabt. Es war nur schade, daß seinen Betuerungen kein Mensch so recht Glauben schenken wollte. Nach Spiegel haben die Sozialdemokraten gegen die Landmessen, nach Gogowski haben sie dafür gestimmt. Kollege Hiltbrand vom christlichen Bauhandwerkerverband nahm Veranlassung, den Herren Genossen einiges ins Stammbuch zu schreiben, wovon ihnen jedenfalls die Ohren geklungen haben. Herr Gogowski, der Redner von sozialdemokratischer Seite, meinte dann am Schluß, auch für die Sozialdemokratie würde noch manche rote Blume im Siegerland erblühen. Davon hat man bei der letzten Reichstagswahl nichts gesehen, denn anstatt mehr zu werden, sind der „roten Blumen“ weniger geworden.

Kollegen des Siegerlandes, jetzt gilt es, nun mit ganzer Kraft an die Arbeit zu gehen, jeder christliche Kollege muß bestrebt sein, in dem nun beginnenden neuen Quartal ein neues Mitglied dem Verbände zuzuführen; tut jeder seine Schuldigkeit, treu und ausdauernd, unermüdet, so wird auch das neue Quartal einen guten Schritt uns vorwärts bringen. Darum auf zur Arbeit, auf zum Kampf, durch Kampf aber auch zum Sieg. Mit neuer Begeisterung und neuem Mut wollen wir im neuen Jahr auf das Ziel losstreben, welches sich die christlichen Gewerkschaften gesteckt haben: Der Arbeit und dem Arbeiterstande die Gleichberechtigung! Auch im Siegerlande fehlt es noch an so manchen Stellen, darum auf zur Arbeit, auf zur Tat! Wo ein Wille, da ist auch ein Weg!

Gewerkschaftliches.

Die Sache des Gefrankten.

Die Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes fühlen sich beleidigt und wollen ihre Ehre von den sonst im roten Lager so furchtbar geschmähten bürgerlichen Gerichten wieder reparieren lassen. In einem Artikel in unserer Nr. 52 (voriger Jahrgang) war eine Auslösung des „Stahlwarenarbeiters“ (Organ des sozialistischen Industriearbeiterverbandes im Solinger Bezirk) zuerz, wodurch sich die Meinung des roten Verbandes beleidigt fühlt. Wir sind übrigens nicht die einzigen, die vor den Rabi geschleppt werden sollen, die Stuttgarter Ubergewerkschaften mit W a j e n l a g e n. Eine ganze Reihe von Tages- und Gewerkschaftsblättern, welche die betr. Notiz des „Stahlwarenarbeiters“ schon früher abgedruckt hatten, sind schon durch die Beleidigungsklage der „Gewerkschaft“ vom 31. Dez. 1907 lesen wir:

„Es ist ein Trost, im Unglück Leidensgefährten zu haben.“ So etwa sagt auf deutsch ein altes lateinisches Sprichwort. Ein solcher Trost ist uns jetzt zuteil geworden. Das hinter den christlichen Gewerkschaften stehende „Reich“ bringt in seiner Nummer vom 25. Dez. folgende Notiz:

„In seiner Ehre gekränkt fühlt sich der Vorstand des sozialdemokratischen Deutschen Metallarbeiterverbandes“, und da ist er, um im sozialdemokratischen Jargon zu reden, „zur Rabi gelangt“. Wir hatten ein nicht sehr scharfes Urteil, daß seitens eines ebenfalls sozialistischer Sozialisten in dessen Organ über den „freien“ Verband abgehandelt war, anderen Blättern entnommen und veröffentlicht. Im großen, sogenannten „freien“ Metallarbeiterverband ist es, die Mitglieder werden allmählich aufgelistet und wollen an manchen Orten nicht mehr bei der Stange halten, da werden die Herren Ubergewerkschaften nervös. Um nun die Kupferkammer vom Verfall im eigenen Lager etwas abzuwenden, versucht man kein Heil in der Massenklage. Die Ausführung der Klagefrist beweist, daß auch gegen weitere Blätter Klage erhoben wurde. Interessant ist es doch, daß „diese veraltete bürgerliche Verordnungsordnung“ für die die „Genossen“ jährlich im Reichstags die Erziehungsmittel verweigern, zur Aufhebung sozialistischer Ehre noch brauchbar ist. Im Verlauf der Sache werden die Genossen nicht viel Freude erleben.“

Also nicht nur gegen unsern Redakteur sowie den Kollegen Gluckauf vom „Regulator“ und anderen Verbandsgenossen sind seitens des großen Deutschen Metallarbeiterverbandes Klagen angestrengt worden, sondern auch noch gegen zahlreiche andere Blätter. Wenn das nicht zieht, nicht gerichtet mehr.“

Und wenn es nun doch nicht ziehen würde? Ober gar nach der entgegengesetzten Seite? Das wäre fatal! Das Bezeichnen bei dieser Massenklage ist ja der sonderbare Umstand, daß der Vorstand des sozialistischen Metallarbeiterverbandes nicht gegen den Urheber der angeblichen Beleidigung, gegen den Solinger „Stahlwarenarbeiter“, Klage anstrengt, sondern gegen diejenigen Blätter, welche die betr. Notiz nur nachgedruckt haben. Wer läßt sich da nicht verführen zu der Annahme, daß die Herren Rabi, Reichel und Genossen die Dokumente des „Stahlwarenarbeiters“ doch nicht gern vor Gericht offen gelegt sehen möchten. Wer sagt ihnen aber, daß dieses bei den vielen anhängig gemachten Klagen nicht doch noch geschehen könnte? Warum wir deshalb einmal in Ruhe ab, welche Folgen die „Sache des Gefrankten“ haben wird.

Die rote „Met.-Ztg.“ widmet uns übrigens in ihrer letzten Nummer mehr wie eine ganze Seite ihres feistbaren Kommet. Sie tut zunächst ganz entzückt daß wir

unseren Kollegen den vernünftigen und selbstverständlichen Rat gegeben haben, übrigens nicht zum ersten Male die heberischen Genossen von unsern Versammlungen auszuscheiden. Die „Met.-Ztg.“ meint, wenn der Rabi umgekehrt liege, würden wir ein Gebot über „sozialdem. Freiheit“ u. dergl. antworten. Das rote Blatt ist im Irrtum, seine Logik überdies haarsträubend.

Während stellt sich die „Met.-Ztg.“ über unsere Notiz in Nr. 51, worin der merkwürdige Brief Senders an den sozialdem. Geschäftsführer in Coblenz mitgeteilt wird, worin die Taktik der Unschicklichkeit gegenüber den Unternehmern vertreten ist. Damit sollen wir uns einer ganz „gemeinen Fälschung“ schuldig gemacht haben. Die rote Schimpfante lobt:

„Anmangeln müssen wir jedoch, daß der schwarze Metallarbeiter sich nicht an den vom Solinger Stahlwarenwarenarbeiter veröffentlichten Wortlaut des Briefes von unserem Kollegen Sendler hält, sondern an einen von der allmächtigen Köchinigen Volkszeitung (Nr. 1088, Wochenausgabe vom 14. Dezember) veröffentlichten Drahtbericht aus Solingen, der eine ganz gemeine Fälschung enthält. Der schwarze Metallarbeiter leitet diesen gefälschten Wortlaut unversehens mit den Worten ein: „Wörtlich heißt es in dem Schreiben unter anderem...“ Dabei hat er die betreffende Nummer des Stahlwurms schon vor Redaktionschluß in Händen gehabt.“

Zur Beruhigung der aufgeregten Kollegen wollen wir zunächst mitteilen, daß wir die betreffende Nummer des „Stahlwarenarbeiters“ schon deshalb nicht vor Redaktionschluß in Händen hatten, weil wir das genannte Blatt bis jetzt nicht gehalten haben. Wie sieht es nun aber mit der „ganz gemeinen Fälschung“ aus, die in dem von uns wiedergegebenen Wortlaut nach den Berichten einer Tageszeitung enthalten sein soll. Wir sind loyal genug, die beiden Lesarten nebeneinander zu stellen, um das begangene „Unrecht“ wieder gut zu machen.

Wir zitieren folgendermaßen:

„Wo die Möglichkeit vorliegt, Subskriptionen in irgend einer Weise zu bekommen, so übermitteln sie ihnen die Sache mitteilen, wenn bei ausbrechenden Unternehmern die Kunden abhaken könnten. Mein Plan wäre, all die Vertrauensleute in den Fabriken zu instruieren, Fodelle und Kunden kennen zu lernen, sie zu notieren und Verzeichnisse darüber anzufertigen. Selbstredend darf ihnen unter keinen Umständen mitgeteilt werden, daß hier eine Gieberei ist, die sich darauf legt, den Unternehmern in die Flanke zu fallen. Man kann ihnen ja etwas vor-schwindeln.“

Der Wortlaut hat andern Blättern zufolge so lautet:

„Wo die Möglichkeit vorliegt, Subskriptionen in irgend welcher Weise zu bekommen, so übermitteln sie uns dieselben in leicht fähbarer würde die Sache mitteilen, wenn bei ausbrechenden Streiks mit dem Unternehmer die Kunden abhaken könnten. Mein Plan wäre der, die Vertrauensleute zu instruieren, Fodelle und Kunden kennen zu lernen, sie zu notieren und Verzeichnisse darüber anzufertigen. Selbstredend darf ihnen unter keinen Umständen mitgeteilt werden, daß hier eine Gieberei ist, die sich darauf legt, den Unternehmern in die Flanke zu fallen. Man kann ihnen ja etwas vor-schwindeln.“

Der Unterschied der beiden Lesarten ist durch Fettdruck hervorgehoben. Der Sinn ist jedenfalls der gleiche, und ob die rote Schimpfante Ursache zu einer solchen sittlichen Entrüstung hat, dürfen wir ruhig dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen. Wenn sie die Unschicklichkeit bekämpfen will, mag sie bei eigenen Anhängern anfangen, da liegt das Zeug doch haufenweise. — Zum Schluß möchte sich die Redaktion der „Met.-Ztg.“ als friedliebenden Engel hinstellen und gefällt sich zuguterletzt in recht naiven, besser gesagt, lächerlichen Drohungen. Sie schreibt:

„Der Artikel, worin der für den Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes beleidigende Passus aus dem Stahlwarenarbeiter ausgeschaltet wird, beginnt gleich mit der unmaßvollen Bemerkung: „Die sozialdemokratische Metallarbeiter-Zeitung zeigt in ihrer letzten Zeit ein starkes Bedürfnis, der Polemik gegen unsern Verband.“ Das ist eine Lüge. Vor allen Dingen hat sich die Redaktion selber sehr wenig an der Polemik gegen die „Christlichen“ beteiligt. Wenn man ferner die letzten Nummern der Metallarbeiter-Zeitung mit denen des schwarzen Metallarbeiters vergleicht, so wird man finden, daß der letztgenannte viel mehr Raum zu seinen Polemiken gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband verwendet, als wir gegen den schwarzen Metallarbeiter-Verband. Da am Schluß des mit W. B. unterzeichneten Artikels den Mitgliedern des schwarzen Metallarbeiterverbandes ausdrücklich empfohlen wird, „das vorstehende gelegentlich als Material zu verwenden“, so wollen wir uns eigenen Interesse der in Frage kommenden Metallarbeiter, nicht verschließen, nachdrücklich darauf zu warnen. Wer diese Warnung nicht beachtet, könnte unangenehme Folgen tragen müssen. Dem schwarzen Metallarbeiter jedoch, dem wieder einmal das „christliche“ Fell zu jucken scheint, wollen wir nur kurz bemerken, daß wir, wenn er seine Schreibweise nicht ändert, einmal wieder ein „christliches“ Sündenregister zusammenstellen werden. Eine vorherige Warnung wird dann aber nicht erfolgen.“

Die rote „Met.-Ztg.“ möchte sich hier in den Mantel der Großmut hüllen, als ob sie ein „christliches“ Sündenregister“ in Händen hätte, mit dem sie im beschriebenen Augenblick den „schwarzen“ Verband zerschmettern könnte. Bei polizeiwürdiger Dummheit mag ein solch schwarzer Kniff vielleicht Einbruch erwecken, bei vernünftiger Dummheit jedoch nicht. Wo der rote Verband Waffen fechtet, die er zu unserem Schaden anwenden könnte, hat er sie nicht unbenutzt gelassen: oft die schärfsten angepackt, wie die Le-jelb“ so drahtisch beweist. Der „Deutsche Metallarbeiter“ hat sich bemüht, auch die Polemik in sachlichen Formen zu halten, was wir leider von der anderen Seite nicht sagen können, ob es nun eigene Redaktionsarbeit oder Zuschriften sind, sondern an der Sache liegt.

Wenn der Schimpfante in Einnahme aber die rote Zell lacht, und wenn sie einen Sport im Aufstellen von „Sündenregistern“ (darunter kann doch auch die Uebertreuer des Kampfes aufs persönliche Gebiet verhanden

seiner provozieren mit, dann ist es sich noch herausstellen, auf welcher Seite dieses Regier Lager und fester ausfallen wird. Ohne dazu gezwungen zu werden, werden wir diese Art des Kampfes jedoch aus unsern Spalten fernhalten.

Die „Met.-Ztg.“ könnte sich ein viel größeres Verdienst um die Arbeiter erwerben, wenn sie statt auf Andersdenkenden herumzuführen ihren eigenen Anhängern, wie z. B. in Bielefeld, einmal die Grundregeln menschlichen Anstandes sowie wahrer „Freiheit“ und „Selbstlichkeit“ anerkennen, zum wenigsten doch predigen würde. Doch nach der Richtung juckt das rote Fell überhaupt nicht, da ist es unempfindlich wie die Kruste des gehörnten Stiegfried.

Weshalb bringen wir für unsere Gewerkschaft Opfer?

Unter dieser Ueberschrift erhalten wir von einem Kollegen aus Schramberg folgende Zuschrift, die auch anderwärts ebenso gut angewendet und beherzigt werden kann:

Eines unserer größten Hemmnisse zur energischen Vertretung der Arbeiterinteressen ist unzweifelhaft das in Arbeiterkreisen herrschende geringe Verständnis, für ihre eigene Sache Opfer zu bringen. Es gibt leider auch unter den christlichen Arbeitern viele, denen dieses Verständnis fehlt und die sich aus diesem Grunde auch weigern, einer gewerkschaftlichen Organisation beizutreten. Sie denken nicht, daß das Wohl des Einzelnen vom Wohle der Gesamtheit abhängt, obwohl dieses beim Arbeiterstande am meisten zutrifft.

Wenn nun auch die wirtschaftliche Lage an einem Orte eine schlechte ist, so gibt es doch immerhin wieder Berufskollegen, die sich besser stellen, insofern von größerer Geschicklichkeit und sachlicher Reinnisse. Doch auch dieser Kollege wird nicht das verdienen, was er verlangen könnte, wenn die wirtschaftliche Lage aller Berufskollegen gehoben würde. Die allgemeine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Berufskollegen ist zunächst auch das Ziel der christlichen Gewerkschaften und somit auch das unseres Verbandes. Ohne diesen Zusammenschluß ist eine Besserstellung rein unmöglich. Wenn wir dieses wissen und begreifen und so viel sollte ein jeder schon an sich selbst erfahren haben und deshalb zu dem Entschlusse kommen: „Ich gehöre in die christl. Gewerkschaft, ich muß mich meinen Berufskollegen anschließen, ich muß mich mit einem Worte: organisieren!

Wenn ich dieses tue oder wenn es bereits geschehen ist, so ist es auch meine Pflicht und Schuldigkeit, daß ich mich durch mein Verbandsorgan, durch die Versammlungen, durch den Unterrichtskursus, wo ein solcher existiert, überhaupt durch alle mir von Verbandsorgan gebotenen Gelegenheiten mich schulen und mit praktisch zu Nutzen machen. Des ferneren ist es auch Pflicht, daß alle sonstigen Opfer, sei es an Zeit oder Geld, nicht gescheut werden. Was das Letztere anbetrifft, so kann man ja mit froher Benutzung sagen, es ist auf der ganzen Linie vorwärts gegangen, was ja unser Organ fast in jeder Nummer beweist, wenn man die Erhebungen der Lohnbeiträge liest. Gerade die hohen Beiträge sind es ja, die unsern Verband in die Höhe und zu Ansehen bringen. Denn durch unsere gutsonderte Kasse allein ist es uns möglich, da, wo es von Nutzen, uns durch Kampf, wenn es nicht auf gültlichem Wege geht, Erfolge für die Arbeiterchaft zu erringen.

Nachdem wir nun nachgewiesen, daß ohne gewerkschaftliche Organisation nichts zu erreichen ist, ebenso ohne Opfer an Zeit und Geld, so wollen wir denn unsern Verband näher ansehen, was er uns des weitern: für Vorteile bietet.

Als erster und wichtigster Kardinal-Punkt ist hier anzuführen, daß er uns helfen will, unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Dies ist aber nur möglich, wenn wir in der eigenen Zunftstelle selbst tüchtig mitarbeiten. Oder sollen und wollen wir die Erfolge nur andern Organisationen zuzumuten lassen? Wir stehen hier auch gewiß nicht so gut, daß wir uns nicht zu rühren brauchen. Nein, hier ist es sehr am Platze, daß sich auch ein jeder christlich organisierte Arbeiter bewußt ist, warum er sich dem Verbandsangehörigen und welche Pflichten er als solcher seinen andern Kollegen gegenüber schuldig ist.

Unsere im Sommer stattgefundene Aussperrung hat gezeigt, daß es hier noch Arbeit in Fülle gibt, wenn wir uns den Arbeitgebern gegenüber einen achtunggebietenden Standpunkt erobern wollen. Hätten wir im letztgenannten Falle nicht die Organisation gehabt, was hätten wir ohne die materielle Unterstützung und ohne die unflätige Führung machen wollen?

Weiter sind anzuführen, die verschiedenen Unterstützungen, die uns durch den Verband zugute kommen können. Das Unterstützungsweesen soll selbstverständlich nicht der Hauptzweck der Gewerkschaft sein. Dieser ist ein viel bedeutungsvollerer. Sie will die Arbeiter zu freien, selbständigen Männern erziehen, damit sie im Wirtschaftsleben als gleichberechtigter Faktor ein Wort mitzureden haben. Die Gewerkschaft will den Arbeitern die Möglichkeit verschaffen, an den Grundlagen der Kultur ihren entsprechenden Anteil zu haben. Es soll aufhören, auf dem Arbeiterstand gleichsam wie auf einem Ambos herum zu hämmern.

Erfüllen wir als Männer, gegenüber Gott und der Welt unsere Pflicht, so können wir auch mit vollem Recht verlangen, daß man unsere Menschen- und Christenwürde achtet und uns denjenigen Anteil der Kulturgüter zusichert, der es uns ermöglicht, den Zeitverhältnissen entsprechend leben zu können. Diese Forderung können wir uns selbst erkämpfen, aber nur, wenn wir in starken Organisationen zusammengeschlossen sind.

Des weitern kommt noch in Betracht, daß wir uns auch mit Hilfe der christlichen Gewerkschaften dagegen wehren können, in das sozialdemokratische Joch gebeugt zu werden. Die letzteren treiben es ja oft viel schlimmer als die größten Scharfmacher, indem sie die Freiheit aller Andersdenkenden mit Füßen treten, was ja in Bielefeld wieder so groß zu Tage getreten ist.

Auch unserer eigenen Familie sind wir es schuldig, daß wir uns organisieren. Wie viele Arbeiter können ihren Kindern nichts zurücklassen und gerade deshalb sollen sie darauf bedacht sein, daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst der Gewerkschaft stellen, um so zu helfen, daß die Nachkommen wenigstens bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben, als sie uns zu Teil geworden sind.

Wenn wir nun dieses alles betrachten und reiflich in unserm Gedächtnis verarbeiten, so müssen wir unzweifelhaft zu dem Schlusse kommen, daß auch unsere hiesigen Kollegen ihre Pflicht nicht in allweg erfüllt haben. Sollten diese Zeilen aber auf fruchtbaren Boden fallen, so dürfen die Kollegen überzeugt sein, daß auch die Vorstandschafft gerne noch mehr Opfer bringt.

Hoffen wir also, daß unser Versammlungsbefuch, der in letzter Zeit mehr als flau war, sich wieder habe. Ist dieses der Fall, dann können wir sagen, unsere Kollegen wissen die richtige Antwort auf die Frage: „Weshalb bringen wir für unsere Gewerkschaftsache Opfer?“

Schwere Kämpfe im Baugewerbe

Stehen für das nächste Frühjahr bevor. In einer ganzen Reihe von wichtigen Industriebezirken — West-, Mittel- und Süddeutschland — laufen die bisherigen Tarife ab und auf beiden Seiten rüstet man zum Kampfe. Wie rührig und systematisch die Unternehmer vorgehen, erhellt aus einem vertraulichen Sitzungsprotokoll, das der sozialdemokratischen Presse in die Hände gefallen und von ihr veröffentlicht worden ist. Nach diesen Mitteilungen ist der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gar nicht gewillt den Arbeitern bei den im nächsten Frühjahr ablaufenden Tarifverträgen annehmbare Zugeständnisse zu machen. Bereits auf einer am 19. Februar 1907 in Köln stattgefundenen Versammlung des Arbeitgeberverbandes wurden bezgl. der Erneuerung der Tarifverträge folgende Leitsätze aufgestellt:

- 1. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge sind bis zum 31. März 1910, oder bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen.
- 2. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge dürfen nur unter Vorbehalt der Genehmigung der Bundesleitung abgeschlossen werden.
- 3. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, sofern sie nicht über 10 Stunden beträgt, nur nach vorausgegangenem verlorene Streit und mit Genehmigung des Bundesvorstandes eintreten zu lassen.

Weitere Winke, wie der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu handeln gedenkt, wenn im Jahre 1908 keine Einigung auf der angeordneten Grundlage erzielt werden sollte, gab auf der am 31. Oktober in Berlin stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes dessen Vorsitzender festlich. Anknüpfend an einen vom Bundesvorstande ausgearbeiteten Normal-Vertrag führte er aus:

„Das Endziel ist, daß, falls nicht für alle Verträge eine Einigung erzielt werden kann, dann sämtliche Verträge nicht in Kraft treten und als letztes Mittel eine Aussperrung größeren Umfanges angedroht und durchgeführt werden soll. Es handelt sich also um eine sehr ernste Sache, um eine Krisisprobe unseres Bundes. Wenn es aus Anlaß des gemeinsamen Vorgehens zu einem Bruch mit den Arbeiterorganisationen kommen sollte, so wird natürlich keinmal vorausgesetzt, daß sich an einer vorzunehmenden Aussperrung auch diejenigen Verbände beteiligen, die keine Verträge abgeschlossen haben.“

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe rechnet mithin von vornherein mit einer allgemeinen Aussperrung und sollte diese Tatsache unseren Kollegen Lehre genug sein, zur Festigung ihrer Organisation mit allen Mitteln zu streben.

Vor dieser Bewegung im Baugewerbe werden auch eine beträchtliche Anzahl Metallarbeiter in Mitleidenschaft gezogen und es ist noch gar nicht abzusehen, welche Folgen eine Massenaussperrung im Baugewerbe auf andere Industriezweige haben kann.

„Berliner“ Demut, Bescheidenheit, Anspruchslosigkeit, nebst Treue und Anhänglichkeit an den Brotherrn.

Die Erziehungsmethoden der Berliner Fachabteilungsleiter sind oft sonderbar, mitunter aber auch haarsträubend. In einer Versammlung des kathol. Arbeitervereins Altenstein (Berliner Richtung) hat am

22. Dez. 1907 der neuernannte ~~Abteilungsleiter~~ Lehmann-Seeburg eine Rede gehalten, über die das „Altensteiner Volksblatt“ Nr. 55 vom 24. Dez. 07 u. a. folgendes berichtet:

„Eine Tugend des katholischen Arbeiters ist die Demut und Bescheidenheit, welche der Herr Dörfesaprafes den Anwesenden ganz besonders ans Herz legte und hierbei auch betonte, wie oft im Verein kleine Mißhelligkeiten von manchen Mitgliedern aufgebauscht werden. Eine besondere Tugend des christlichen Arbeiters ist die Anspruchslosigkeit, denn anspruchlos und in Demut soll der Arbeiter die schlichte Pflicht des täglichen Lebens erfüllen, so daß jeder sich davon erheben kann. Eine weitere Pflicht ist sich in seinem Berufe in Liebe zu betätigen, denn die Liebe zur Religion und Arbeit schafft Frieden im Herzen des Arbeiters und hilft die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu überbrücken. Im Lichte des Glaubens betrachte ein jeder die gewissenhafte Pflichterfüllung als eine von Gott anferleete Dase und Notwendigkeit im Kampfe ums tägliche Brot. Ganz besonders behandelte der Herr Redner den Wässfiggang und die Faulheit als ein großes Laster vor Gott und den Menschen, desgleichen beleuchtete er den Streik als Hochmut vor Gott und Aufsehnung gegen das Sittengesetz. Sodann behandelte er das Prinzip, welches die kath. Fachabteilungen verfolgen, die prinzipielle Gegner des Streiks sind, und durch friedliche Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter die materielle Lage ihrer Mitglieder verbessern. Desgleichen muß der Arbeiter in Treue und Anhänglichkeit seinem Brotherrn ergeben sein, der dieses stets seinen Arbeitern gegenüber bekennend belohnen wird.“

Jedes Wort würde diese etwas offenerzige Auslegung der Berliner Theorie abschwächen. Die Bemerkung können wir aber nicht unterdrücken, daß man eine solche Erziehung zur klassenlosen Gunde demut selbst bei den gelben Streikbrechervereinen vergeblich suchen würde. Und mit Leuten, die in obigem Sinne eher besser gesagt: verzogen sind, wollen die „Berliner“ die Welt erobern!

Die Direktion der Westfälischen Stanz- und Emailierwerke

vormals E. S. Kerkmann in Ahsen in Westfalen hat neuerdings als Antwort auf unsern Gerichts-Verhandlungsbericht ein Flugblatt herausgegeben, um das Werk, insbesondere den Herrn Direktor Kerkmann, reinzuwaschen. Die Mohrenwäsche will allerdings schlecht gelingen. Die Begründung des Urteils wird wiedergegeben und dann die Glaubwürdigkeit der Hauptbelastungszeugen mit scharfen persönlichen Angriffen zu erschüttern gesucht. Das Urteil haben wir ja schon näher geprüft, das Uebrige wird vom Landgericht Münster gekehren. Das herausgegebene Flugblatt aber ist der beste Beweis dafür, daß nicht unser Redakteur, sondern die Westf. Stanz- und Emailierwerke bzw. ihre Direktion die moralisch Verurteilten sind.

Das Weihnachtsgeschenk der Scharfmacher.

Dem „Reich“ Berlin wird aus Saarbrücken berichtet: „Am heiligen Abend erhielten auf dem hiesigen Elektrizitätswerke 8 Arbeiter ihre Kündigung wegen der Zugehörigkeit zum Christlich-sozialen Metallarbeiterverband. In diesem Vorfall zeigt sich wieder, wie brutal saarabische Scharfmacher verfahren. Nationalliberale Großindustrielle (Wopelius, Röschling und so weiter) sind die Hauptaktionäre dieser Stätte saarabischer Humanität.“

Was sagt denn der preussische Handelsminister De Lürick von einer solchen „Kameradschaft“? Auf dem Festmahl des Zentralverbandes Deutscher Industrieller am 28. Oktober 1907 in Berlin gab doch Minister Dellbrück seiner Meinung dahin Ausdruck, daß Kirndorf usw. mit ihrem „Herr im Hause-Standpunkt“ nur die „Kameradschaft vom obersten Beamten bis zum letzten Arbeiter“ im Auge hätten. Eine böse „Kameradschaft“ für die Arbeiter!

Eine gemeine Fälschung.

Am Sonntag, den 28. Dez. 1907, ließen die Sozialdemokraten in Mülhausen i. El. ein Flugblatt zur Verteilung gelangen. In demselben findet sich folgende Gemeinheit, die verdient, niedriger gehängt zu werden. Es heißt da u. a.: „Und wenn ein Führer der Christlichen (Herr Stegerwald) bei dem Paradenmarsch der Christlichen vor den Herren Ministern in Berlin, bei der letzten großen Revue (gemeint ist der 2. christlich-nationale Arbeiterkongreß zu Berlin d. B.), erklären mußte: daß mit treu ergebene Trotteln, wie sie für die Christlichen zuletzt noch übrig bleiben würden, sehr wenig anzuzurechnen sei u. s. w.“ Auch im „Textilarbeiter“, dem Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, heißt es in Nr. 52 am Schluß eines Artikels: „Nur

rühig so weiter gearbeitet und Herr Stegerwald wird recht behalten, daß sich bei ihnen nur noch zwei ergebene Trottel befinden, mit denen sie nichts mehr beginnen können." Der Artikel ist mit J. Gsell unterzeichnet. Genosse Gsell ist Gauleiter des sozialdem. Bergarbeiterverbandes. Er ist also als Urheber dieser Gemeinheit zu betrachten.

In welchem Zusammenhang hat nun Herr Stegerwald, der Generalsekretär der christl. Gewerkschaften, von Trottel gesprochen. In seinem Referat über die allgemeine sozialpolitische Lage, protestierte er u. a. energisch gegen die Verschlechterung der Knappschaffs-Novelle durch den preussischen Landtag, gegen den § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes, der die Arbeiter benachteiligt und gegen die einseitige, ungerechte Besteuerung der Konsumvereine. Daran knüpfte er wörtlich folgende Bemerkungen:

"Manchen Kreisen werden solche Feststellungen nicht angenehm in die Ohren klingen. Das kann mich nicht abhalten zu sagen, was ist. Zudem ist diese Methode sehr abgeschmackt. Wenn die Herren, die sich alljährlich im Zirkus Busch zu versammeln pflegen, bei Wahrnehmung ihrer Interessen eine deutliche Sprache reden, oder auf Handwerkerkongressen manchmal Gott und der Welt das Vertrauen gekündigt wird, so findet man das in der Regel verständlich. Wenn christliche Arbeiter ihre Unzufriedenheit deutlich ausdrücken, werden sie zu den Sozialdemokraten geworfen. Damit wird der Sozialdemokratie bei den Arbeitern nur Vorstoß geleistet. Und mit treu ergebene Trottel, die keine Wünsche haben, sind keine Eroberungen zu machen. Zudem ist es nicht Aufgabe des deutschen Arbeiterkongresses, ein bloßes Loblied auf die deutsche Sozialpolitik anzustimmen, sondern ebenso offen und rüchhaltlos zu sagen, was noch fehlt."

Man sieht, der Sinn dieser Ausführungen ist ein ganz anderer. Mit den „treu ergebenen Trotteln“ sind die Arbeiter von Schläge der gelben Gewerkschaften gemeint, die nur Almosen, aber keine Rechte verlangen. Genosse Gsell fällt in ganz gemeiner Weise den Sinn obiger Ausführungen. Wirklich eine saubere Agitationsmethode, ihres Meisters und seiner Parteimoral würdig.

Es wird immer toller.

Die Früchte der Verhegung im sozialdemokratischen Lager gegen Andersdenkende treibt nachgerade die abscheulichsten Blüten. In manchen Orten ist der Fanatismus der aufgeregtesten Genossen soweit gediehen, daß sie gleich aufs Ganze gehen. Wie das „Reich“ der „Deutschen Zeitung“ entnimmt, hat sich in Nordensham in Oldenburg folgender Vorgang abgespielt:

„In der Nacht vom Samstag zum Sonntag stürmte eine Menge von etwa 10 Maurern, die sich in einer Wirtshaus beim nächsten Mut getrunken hatten, in die Herberge der christlich-organisierten Dachbeder, warf die Türen und Fenster ein und warf sich, mit Hämmern und anderen scharfen Instrumenten bewaffnet, auf die nichtsanftmütigen Dachbeder und schlug nieder, was ihr in den Weg kam. Ein Dachbeder wurde sofort niedergestochen, acht andere sind schwer, zum Teil lebensgefährlich verletzt. In der Wirtshaus selbst wurde fürchtbar gewütet, sämtliche Fenster eingeschlagen, Gasarme herausgerissen, Möbel zertrümmert; das ganze Haus gleich mehr einem Trümmerhaufen. Der Vorfall gelang es nur mit Mühe, die Ruhe wiederherzustellen. Ein Teil der Maurer ist verhaftet und wird wegen Landfriedensbruchs angeklagt werden. — Die christlich-organisierten Dachbeder hatten den sozialdemokratischen Maurern nicht den geringsten Anlaß zu einem solchen Vorgehen gegeben. Es ist dies oben wieder einmal ein Beispiel von dem hohen Lob: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit..."

Solche Schandthaten sind weniger den verhegten roten Nachkommen aufs Konto zu schreiben, als den verantwortlichen Führern, insbesondere auch der roten Presse, die so die Früchte ihrer „Erziehungsarbeit“ reifen lassen und noch immer nicht das geringste gegen diese Terroristen unternehmen. Im Gegenteil wird jeder, auch der offensichtlichste und schamloseste Terrorismus noch immer beschönigt, verteidigt oder gar vollständig abgeleugnet; die Verantwortlichen aber noch gewöhnlich als die Schuldigen hingestellt. Damit wird den gewalttätigen Terroristen noch der Rücken gestärkt, sie werden zur weiteren Betätigung solcher „Brüderlichkeit“ geradezu ermuntert. Die volle Verantwortung trifft deshalb die führenden Geister im sozialdemokratischen Lager. Und solche Geister wollen die Welt reformieren!

Soziale Rechtspredigt.

Wer kann im Falle seines Aufenthaltes im Krankenhauses Angehörigen-Unterstützung verlangen?

Nach § 7 Absatz 2 des Krankendienstleistungsgesetzes hat die Krankenkasse — falls der von ihr in einem Krankenhaus Untergebrachte Angehörige besitzt, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat — für diese Angehörigen die Hälfte des Krankengeldes zu zahlen. — Wiederholt haben sich die Gerichte nun schon dahin ausgesprochen, daß diese Angehörigenunterstützung nur dann neben freier Kur und Verpflegung zu gewähren ist, wenn der im Krankenhaus Untergebrachte der Haupternährer der Familie war, wobei es keinen Unterschied ausmacht, ob dieser Haupternährer, der Ehemann, die Ehefrau oder

ein Kind beider ist. — Es ist auch vorgekommen, daß Ehemann und Ehefrau — beide Angehörige einer Krankenkasse — gleichzeitig in einem Krankenhaus verpflegt werden. In solchen Fällen haben die Gerichte, wenn sie dazu herangezogen wurden, über jeweilige Ansprüche zu entscheiden, geprüft, wer von den beiden nach den tatsächlichen Verhältnissen als Haupternährer anzusehen ist. — Einigermaßen verwickelt lag folgender Fall: Ein Arbeiter war bis zum 8. November in seinem Gewerbe tätig gewesen, dann war er mehrere Monate krank und erhielt ein Krankengeld von 10,20 Mark wöchentlich. Die Frau hatte, solange der Mann erwerbsfähig gewesen war, lediglich den Haushalt versorgt. Nach der Erkrankung des Mannes nahm sie jedoch eine Beschäftigung an, welche sie bis zum Dezember ausübte und in der sie 7,80 Mk. wöchentlich verdiente. Dann erkrankte auch sie und wurde im Krankenhaus aufgenommen. Nun verlangte sie die Hälfte ihres Krankengeldes als Angehörigenunterstützung, indem sie behauptete, daß sie, bevor sie krank wurde, der Haupternährer der Familie gewesen wäre; denn ihr Mann sei doch zu dieser Zeit krank gewesen. Das badische Verwaltungsgericht hat jedoch den Anspruch auf Angehörigenunterstützung nicht gebilligt. Bis zu der Zeit, wo die Ehefrau eine gewinnbringende Beschäftigung ausübte, begann, war der Ehemann in jedem Falle der Haupternährer der Familie, auch in den Tagen seiner Krankheit, da er ja Krankengeld bezog. Er blieb auch der Haupternährer, als die Frau arbeitete; denn sein Krankengeld betrug 10,20 Mark pro Woche, ihr Verdienst dagegen nur 7,80 Mk. wöchentlich. Die Frau war also nie Haupternährerin der Familie, sie hat lediglich zu den Kosten des Haushalts erheblich beigetragen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß der kranke Ehemann während seiner Krankheit seine Familie nicht ernährt hat; das Krankengeld wird vielmehr gerade deshalb gewährt, um während der Krankheit eines Verdienenden den Lebensunterhalt desselben und seiner Angehörigen zu sichern. Diese Einkommensquelle ist daher bei der Ermittlung des Haupternährers durchaus zu berücksichtigen.

Streits und Lohnbewegungen.

Stollberg. Einen schönen Erfolg hatten die im christl.-soz. Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter der Blechhütte Münsterbuch zu verzeichnen. In den Blechhütten werden um die Weihnachtszeit die Jungmänner und Staubkammern gesetzt. Diese Arbeit ist eine äußerst gesundheits-schädliche und außerdem mühsamer die Arbeiter die Arbeit, ganz besonders die Schicht. In zwei vom christlichen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlungen beschloß die Direktion ihre Wünsche bezüglich des Gegens vorzulegen. Der Ausschuss wurde beauftragt, der Direktion eine Liste vorzulegen, in der ersucht wurde: 1. Während des Gegens für die Arbeiter, die an den schmutzigen Stellen arbeiten, Stiefeln zu stellen und 2. für alle mit dem Regen beschäftigten Arbeiter einen Einheitslohn von 4,50 Mk. festzusetzen.

Sie besaßen erstellten die Liste für diese Arbeit den Lohn, den sie an ihrer sonstigen Arbeit im Betriebe erhielten. So verdienten die Tagelöhner 4,30—4,60 Mk., während die Tagelöhner und sonstige Arbeiter nur 2,80 bis 3,00 Mk. für dieselbe schmutzige Tagelohn erhielten. — Die Liste war von allen Arbeitern unterschrieben.

Nach mehrmaligen Verhandlungen mit dem Ausschuss sagte die Direktion zu, den Leuten an den schmutzigen Arbeitsstellen Stiefeln zu stellen. Bezüglich der Löhne wurde vereinbart: Diejenigen, die bisher über 4,00 Mk. verdienten, sollen ihren bisherigen Lohn erhalten und diejenigen, die weniger wie 4,00 Mk. verdienten, sollen alle 4,00 Mk. erhalten. Das bedeutet für einen Teil der Arbeiter eine Verbesserung von 1,20 Mk. pro Tag.

Gerade ein solcher Erfolg, den die Arbeiter ihrer Eignung und Zugehörigkeit zum christl. Met.-Verband zu danken haben. Die bisher der Organisation fernstehenden haben dies auch eingesehen und sich nunmehr einmütig dem christl. Metallarbeiterverbande angeschlossen.

Wohl in keiner Industrie dürfte die Organisation und speziell der christl. Metallarbeiterverband soviel geleistet haben, wie gerade in der Blechindustrie. Wir erinnern an die neuen Blechhüttenverordnungen, die neben sonstigen wesentlichen Verbesserungen für einen großen Teil der Arbeiter den Achtundneunzig gebracht haben. Die Verordnungen sind anerkanntermaßen das Verdienst des christl. Metallarbeiterverbandes, der seine Forderungen durch den Abg. Raden im Reichstag vertreten ließ und die dann ersuchenweise auch praktisch verwirklicht wurden.

Die Ausführungen des Kollegen Weber auf dem Berliner Kongress haben gezeigt, daß in der schweren Hüttenindustrie noch manches zu tun übrig bleibt. Sollen sich auch die übrigen Arbeiter der hiesigen Hüttenwerke daran, daß auch für sie nur ein Fortschritt kommen zu denken ist, wenn sie dem Beispiele der Kollegen von der Blechhütte Münsterbuch folgen und sich einmütig unserem Verbande anschließen. Nur eine starke Organisation wird im Stande sein, für die Hüttenarbeiter dasjenige zu erreichen, was Kollege Weber als höchstes Ziel für die Arbeiter in Berlin bezeichnet hat.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwickeln; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Bocholt. Ueber die Gerbiabrik Firma J. B. Eisingher ist die Sperre verhängt.

Dittlage. Wegen Mahreelung von Kollegen sind bei der Firma Holtzhaus (Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen) Differenzen ausgebrochen.

Düren. In Ralsdorf sind bei der Firma Zimmermann in der Formerei Lohnkämpfe ausgebrochen.

Solingen. Die Arbeiter der Firma Hammesfahr stehen im Streik.

Osnabrück. Bei der Gasuhrfabrik Kromschöder stehen die Arbeiter im Streik.

Völlen. Ueber die Firma Gottfr. Dittmann ist die Sperre verhängt.

Singen. Ueber die Fittingswerke ist die Sperre verhängt.

Stuttgart. Die hiesigen Flaschner und Installateure stehen in einer Tarifbewegung.

Inzug ist fernzuhalten.

Wien i. B. Wie den Kollegen bekannt, ich werde zwischen den westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserm dortigen Verbandvertreter zu melden.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.

Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Bekanntmachung.

Die Arbeitslosen-Zählkarten

müssen schon an die Zentrale abgehandelt sein, wenn diese Nr. in die Hände der Mitglieder gelangt. Wenn die Karte noch nicht ausgefüllt und abgeschickt ist, hat der Vorsitzende resp. Kassierer dieses sofort zu bejahren.

Keine einzige Ortsgruppe unseres Verbandes soll hier noch einer besonderen Mahnung bedürfen, sondern ganz selbstverständlich diese Arbeit gewissenhaft und pünktlich ausführen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 12. Januar der dritte Wochen-Beitrag für die Zeit vom 12. bis 19. Januar 1908 fällig.

Zur Beachtung betreff Erwerblosigkeiten-Unterstützung.

Bei den Meldungen Erwerblosigkeiten kommt es den Mitgliedern vor, daß die Art der Erwerblosigkeit nicht angegeben wird und dann bei späterer Anweisung die Unterstützung nicht von dem Tage angewiesen wird, an welchem das Mitglied bezugsberechtigt wurde. Die Bezeichnung „krank“ oder „arbeitslos“ darf bei halb nie fehlen. Auch ist bei Kranken nach Möglichkeit die „Art“ der Erkrankung anzugeben. Des ferneren wird nochmals darauf hingewiesen, daß nur die Mitglieder unterstützungsberechtigt sind, die wenigstens 1 Jahr dem Verbande angehören, mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet haben und nur solche, die mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande sind und deshalb ist es besonders Pflicht jedes Vertrauensmannes, Kassierers und Vorsitzenden, darüber zu wachen, daß nur denen die Vorteile des Verbandes zu Gute kommen, die auch ihren Pflichten gegenüber dem Verbande gerecht werden. Bezüglich der Unterstützungs-berechtigung der aus anderen Verbänden übergetretenen Kollegen gelten die Bestimmungen im Statut. Nicht unterstützungsberechtigte Mitglieder sind im Falle ihrer Erwerblosigkeit der Zentrale nicht zu melden.

Ferner ist bei den künftigen Meldungen Erwerblosigkeiten darauf zu achten, daß angegeben wird, wieviel 50-Pfg. Beiträge das Mitglied geleistet hat. Alle erwerblosigen Kollegen nämlich, welche 104 50-Pfg. Wochenbeiträge entrichtet haben erhalten jetzt 7 Mark Unterstützung pro Woche.

Aus dem Verbandsgebiet.

Fritz Heim. Krampfhaft bemühen sich die Leiter der hiesigen Gewerkschaftsgruppen schon seit fünf Viertel Jahren ihren Getreuen und aller Welt weiß zu machen, daß der Deutsche Metallarbeiterverband in der Lohnbewegung Gold- und Silberarbeiter im Jahre 1906 ganz alle die Sache gemacht habe. Wir konnten uns ja denken, daß es den roten Brüdern sehr unangenehm war

Open in Nr. 48 des „Deutschen Metallarbeiters“ nachgewiesen wurde, daß die christlich organisierten Arbeiter schon in den Jahren 1904 und 1905 in Sachen der Besserstellung der Gold- und Silberarbeiter tätig waren. Daß sich aber die Genossen so sehr aufregen würden, hätten wir nicht gedacht. In Nr. 61 der Pforzheimer „Freien Presse“ ergingen sich die Edlen in den gewagtesten, literarischen Glanzsprüngen, die uns sehr ergötzen.

Das katholische Pfarramt mußte natürlich sehr nachdrücklich hervorgehoben werden, um den unsicheren Mitgliedern des großen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor den schwarzen Zentrumsstrategen beizubringen; wird aber, den zahlreichen Nebertritten in unsern Verband nach zu schließen, nicht viel nützen.

Dann wird die abjagende Antwort der Handkammer vom Jahre 1905 mit schweißbedecktem, schöntuierischem Augenblinzeln nach der Arbeitgeberseite hin als ein über Arbeitgeber bezeichnet. Dabei haben die sehr klugen Genossen von der gleichen Stelle, nur unter einer anderen Firma, die Antwort erhalten: „Die Arbeitgeber könnten nichts bewilligen, weil das Geschäft wirklich in der guten Konjunktur stehe.“ Wer da behauptet, daß das herauszufinden überlassen wir unsern Lesern.

Wie haben die Antwort der Handkammer im Jahre 1905 wohl zu würdigen gewußt, auch ohne daß uns mit dem Hauptzahl gewinkt und auf das niedere prozentuale Organisationsverhältnis hingewiesen wurde, wie das bei den sehr klugen Obergewissen der Fall war. Denn in Nr. 61 der Pforzheimer „Freien Presse“ schreiben sie: „Der Hinweis der Arbeitgeber, solange noch 93 Prozent der Arbeiter unorganisiert seien, hätten sie keine Veranlassung, den Arbeitern etwas zu bewilligen, hätte wie ein Blicklicht die Situation beleuchtet.“

Das haben wir schon längst gewußt, daß mit Gewaltmitteln nichts erreicht werden kann, solange die Arbeiterschaft noch schwach organisiert ist. Damit haben die Herren Obergewissen aber auch zugegeben, daß der Deutsche M. A. die Sache nicht allein machen konnte, denn die Organisationsverhältnisse waren 1906 vor der Lohnbewegung keinen Pfifferling besser wie 1904 und 1905.

Das beweist, daß die Abmachungen von 1906 nur dem gemeinsamen Willen der Arbeiterschaft, und daß alle Forderungen der Arbeiter für die Forderungen einzutreten, zu danken sind. Wenn nur eine Mischung zurückgeblieben wäre, dann hätten es die Arbeitgeber sicher auf einen Kampf ankommen lassen, und die Folgen eines solchen können sich die Herren Genossen unter den gegebenen Verhältnissen wohl selbst ausmalen. Daß aber die Einigkeit der Arbeiterschaft, trotz dem arbeiterzerpflernden Gebahren der Obergewissen, die schon 1904 erklärten: Wir hätten mit den Christlichen keine gemeinsame Sache machen, hochgehalten wurde, ist nur der Drückpunkt des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes zu verbanen, die zu allen Annehmungen von seiten der Obergewissen während der Lohnbewegung geschwiegen hat.

Wie diese Sittenprediger mit der Wahrheit umgehen, beweist am besten folgende Gegenüberstellung. In der Nr. 48 unseres Organs steht u. a. der Satz: Die wirklichen Erfolge der mit großem Geschrei in Szene gesetzten Bewegung dürften doch als bescheidene bezeichnet werden, da tatsächlich in manchen Betrieben keine Prozente bezahlt werden. Und dann weiter unten: Daß die Arbeitgeber eher etwas gewonnen hätten als die Arbeiter.

Dieser Satz lügen die Obergewissen in Nr. 68 der Pforzheimer „Freien Presse“ dahin um: Daß die vorjährige Lohnbewegung den Gold- und Silberarbeitern keine Vorteile gebracht hat, dagegen die Arbeitgeber die größten Vorteile hatten. Solche Leute wollen andere noch der Lüge bezichtigen und verlangen den Nachweis für Behauptungen, die wir gar nicht getan haben. Zudem wurde schon in Nr. 35 unseres Organs nachgewiesen, wie ein hiesiger Beamter des Deutschen Metallarbeiterverbandes einen unserer Kollegen denunzierte, ohne daß dieser auch nur das geringste von dieser Seite dagegen verlor. Solchen Arbeitervertretern gegenüber können wir schon im Interesse unserer Mitglieder keine näheren Bezeichnungen machen.

Da sich die hiesigen Obergewissen gegenwärtig von einem Arbeitgeber so gern bestärken lassen, daß nur sie als geeignet zum Verhandeln betrachtet werden und daß sich die Macher im D. M. A. in der vorjährigen Lohnbewegung sehr klug benommen hätten, so würde es uns sehr interessieren, zu erfahren, warum die Abmachungen nicht gewerbergerichtlich festgelegt wurden, wie dies von den Arbeitgebern ausdrücklich zugesagt wurde, durch das den Arbeitern wie Arbeitgebern ein klares Recht auf Einhaltung der Abmachungen gegeben hätte. Uns will es nämlich bedünken, daß dies mit der ebenfalls zugesagten und später bewiesenen Unterjochung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes zusammenhängt.

Die Ortsverwaltung des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes wird aber wie bisher nach bestem Gewissen und ohne Rücksicht darauf, ob es von unsern Gegnern für recht angesehen wird, ihre Pflicht tun und für die Interessen der Arbeiter eintreten, wie es zu gegebenen Zeiten notwendig ist. Nach wie vor werden wir trotz aller Anfeindungen fest zu unserem Verbande stehen, denselben verteidigen und ausbauen und unser Banner hochhalten.

Hannover-Linden Sozialdemokratischer Terrorismus ohne Ende. Die hannoversche Volkszeitung vom 22. Dez. 07 schreibt: Nach machen die Berichte über die ungläubigen Gewalttätigkeiten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hildesfeld gegen die „Christlichen“ die Hände durch die Presse und schon hat — Linden auch seinen Fall.

Auf Körtzings Fabrik arbeitete seit dem 11. d. M. in der Autoshalle der christlich organisierte Schlosser Ed. Schörner. Am 6. Uhr morgens hatte er die Arbeit aufgenommen, um 7 Uhr gestellte sich bereits der Vertrauensmann des „Freien“ Metallarbeiterverbandes Ehlers zu ihm. Auf die Antwort des Sch., er sei bereits organisiert und zwar im christlichen Metallarbeiterverbande, erwiderte E.: Es hätten schon mehrere versucht zu beißen, ohne frei organisiert zu sein, das wäre aber hier unmöglich. Um 10 Uhr wiederholte sich die Sache. Am dem Tage wurde bis abends 10 Uhr gearbeitet; um 149 Uhr

abends hatte E. den anderen Schlossern das Resultat und die bisherige Erfolglosigkeit seiner Redekunst mitgeteilt. Dann wurde dem „Christlichen“ und zwar vom Genossen Kamann angedroht: „Wenn Du nicht mit uns an einem Strang ziehst, dann können wir nicht mehr mit Dir arbeiten.“ Die Folgen hätte sich Sch. dann selbst zuzuschreiben.

In den folgenden Tagen konnte dann Sch. tatsächlich von den vorerwähnten gemeinsamen Werkzeugen und Geräten keines erhalten. Am 16. d. M. wird Sch. die Luftpumpe verweigert und er beschwert sich beim Meister G. Als dieser den Genossen Kamann zur Rede stellt, kommt Vorkarbeiter Wömann zu Sch., suchte ihm vor dem Gesichte herum und sagt: „Wenn Du mit Deinen Hirsch-Dunderschen Meinungen noch einmal zum Meister gehst, dann sollst Du mal sehen, was Dir passiert, dann passiert Dir etwas anderes, Du Mistlappen, Lump und dergl. mehr.“ Dann ging E. zum Meister und wollte aufhören, denn mit so einem „Mistlappen und Lump“ dabei zeigte er auf Sch., könne er nicht arbeiten. Auf die Beschwerde des Sch. beim Meister erwiderte dieser, Sch. könne ja die Sache anzeigen. Auf die Frage, ob Meister Hausdörfer zur gerichtlichen Zeugenansage bereit sei, erwiderte der Herr: Er wolle mit der Sache nichts zu tun haben.

So mußte Sch. die Arbeit verlassen, da der Meister fürchtete, wenn der vorerwähnte Vorkarbeiter sonst die Arbeit niederlege, würden sie alle gehen. „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein.“ Das sind die „Massebewußten Arbeiter.“ Solchen Menschen kann man mit Recht ins Stammbuch schreiben:

Werk Dir diese Umgangsregel:
Höflichkeit, die wahre, echte,
Sindert selbst den größten Flegel,
So zu sein, wie er wohl möchte.

Die Worte des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Seevering-Wiesefeld wollen die „Genossen“ aufscheinend also auch in Hannover-Linden befolgen. Diese „Gewerkschaftsgröße“ forderte bekanntlich die Arbeiter auf: „Ihr dürft nicht mit den Christlichen sprechen und ihnen keine Arbeit zeigen, damit sie nichts verdienen, bis der letzte Mann hinausgerollt ist.“ Für eine solche Kampfmethode, selbst dem Gegner gegenüber, kann man nichts anderes haben als — das Verstummen des Stills. Nach den Lehren des Parteimoralisten mußte die Lüge dem Gegner gegenüber erlaubt, nach Genossen Seevering darf man die „Christlichen“ verunglimpfen lassen. Wenn die sozialistische Partei die „einzige Arbeiterpresse“ und ihre Führer zu „praxis-sozialer“ Gewerkschaftsarbeit durch solche Ausprüche auffordern, kann man sich da wundern, wenn auf dem so gedüngten Boden die Samenpflanze des schlimmsten Terrorismus wächst?

Dem hiesigen sozialdemokratischen Parteiorgan steht es so schön, zu hohnen über christliche Brudersiebe. Mit steigender Brut und mit aufgelaufenen Baden läßt es die Drohrede gegen Kamann und Polizeikommissar, die die Freiheit unterbinden. Na, Will, Will, was ein Blasen! Wenn einer Grund hat, sich in das tiefe Schweigen zu hüllen, wenn von Unterdrückung der Freiheit, Brotmangel und anderen Leiden die Rede ist, dann ganz gewiß die sozialdemokratische Presse. In der Verhöhnung der Massen hat sie den Übermut. Der jüngste Fall sozialdemokratischen Terrorismus auf der Körtzingschen Fabrik in Linden beweist das. Hoffentlich geht es hier den Genossen, wie denen in Hildesfeld. Obgleich sie den Frevel wollen, erreichen sie das Gegenteil. Sie förderten indirekt die christliche Gewerkschaft.

Kattowitz. Wie hier in Oberschlesien mit den Arbeitern umgesprungen wird, zeigt drastisch wieder einmal folgender Vorgang: Der Schlosser E. . . . war auf der Baldonhöhe beschäftigt und hatte einen Unfall erlitten, der ihn arbeitsunfähig machte. Nach dreiwöchentlicher Krankheit hatte er jedoch noch kein Krankengeld erhalten. Er erwiderte sich nun bei unserm Verbandsbeamten, ob er Anspruch auf wöchentliche Auszahlung des Krankengeldes habe oder ob er bei einem Unfall bis nach Beendigung der Arbeitsunfähigkeit auf sein Geld warten müsse; der Arbeiter mußte seine Worte bezahnen und besand sich mit seiner Familie in der denkbar größten Not. Auf sein Verlangen mußte ihm nun das Geld ausbezahlt werden.

Doch jetzt kam das dicke Ende hintenach. Der Arzt erklärte den Arbeiter zur Verrichtung kräftiger Arbeit für unfähig und als er sich bei dem Werk meldete, wurde ihm kurzerhand gekündigt. Der Geheilte und seine eingeweihten Kollegen waren sich darüber sofort klar und einig, daß er nur deshalb brodtlos gemacht wurde, weil er die Auszahlung des ihm geschuldeten Krankengeldes verlangt hatte.

Diesem Kollegen kam es nur gewaltig zum Bewußtsein, daß der einzelne solcher Behandlung gegenüber vollständig machtlos ist und er schloß sich sofort unserm christlichen Metallarbeiterverbande an.

Möchten solche Vorkommnisse, wie sie sich ähnlich ja ungeschäftsmal im „nützlichen“ Obereschlesien unbemerkt abspielen, den Tausenden von unorganisierten Arbeitern doch endlich die Augen öffnen und sie in die Organisation hineinführen. Bei der von den Unternehmern gehandhabten „Kameradschaft“, die in letzter Zeit von Leuten wie Kirdorf, Springorum und anderen Obercharfmachern gepriesen wurde, sind die Arbeiter stets die Gesackmeierten, die Unterdrückten. Nicht einmal ihr geschuldetes Krankengeld dürfen sie verlangen, da fliegen sie schon auf die Straße. Deshalb, ihr obergeschlesischen Kollegen der Hütten- und Metallindustrie, stärkt die Organisation, haltet zusammen, allein seid Ihr nichts, oder nur bedauernde Anrecht!

Hannover. Am Sonntag, den 8. d. M., tate in den Geschäftsräumen des Arbeitervereins am Markt 3 eine außerordentliche Generalversammlung, einberufen von den Sektionen Hannover und Linden mit der Tagesordnung: Die Verschmelzung beider Sektionen und Vorstandswahl. Um 4 Uhr eröffnete Kollege Rohland die sehr gut besuchte Versammlung und gab seiner Freude Ausdruck mit der Hoffnung, daß es auch fernherhin so bleiben möge in bezug auf den Versammlungserfolg. Kollege Rohland referierte über die Arbeit beider Sektionen und zeigte, daß es so nicht mehr weiter gehen könne. Denn wenn wir etwas erzielen wollen, müssen wir einheitlich und gemeinschaftlich arbeiten. Nach einer kurzen Ansprache wurde zur Wahlung ge-

schritten, wobei 88 Stimmen für und 8 Stimmen gegen die Verschmelzung waren. Nach vollzogener Verschmelzung gab Kollege Walthaus seiner Hoffnung darüber Ausdruck, daß es nun auch in Hannover vorwärts gehen werde. Jetzt heiße es gemeinsam arbeiten und geschlossen kämpfen. Mit vereinter Kraft man Großes schaffe, dann werden alle Pläne der Gegner an unserer Einigkeit abfallen.

Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten, die glatt von staten ging. Nach vollzogener Konstituierung der neuen Sektion Hannover-Linden nahm Kollege und Bezirksleiter Walthaus noch einmal das Wort, um uns in einem kurzen Vortrag das Ideal der christlichen Gewerkschaften vor Augen zu führen. Mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen der Ortsgruppe Hannover-Linden und den christlichen Metallarbeiterverband wurde die schön verlaufene Versammlung um 6 1/2 Uhr geschlossen.

Ingolstadt. In unserer letzten Versammlung im alten Jahr konnten wir als Gast unsern Kollegen Ziegelmeyer aus Mannheim begrüßen, der uns auch mit einem Referat erfreute, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Diskussion war eine sehr lebhaft, es beteiligten sich vier Kollegen daran. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde auf den von uns errichteten Arbeitsnachweis hingewiesen, der gut funktioniert und von recht vielen, auch den unorganisierten Kollegen in Anspruch genommen werden muß. Ferner kam das Statut des hiesigen Ortskartells zur Sprache, das bedenklich einseitig zu Gunsten des Hilfs- und Transportarbeiterverbandes abgefaßt ist. Ueberhaupt haben wir hier recht unerquickliche Verhältnisse bezüglich der Grenzfrage, sind doch nach wie vor eine große Anzahl Metallarbeiter im Hilfs- und Transportarbeiterverband als Mitglieder. Die unsern Verband zuzuführen, fällt den örtlichen führenden Kollegen im Hilfsarbeiterverband nicht ein, sie nehmen auch heute noch alles, was sie kriegen können. Eine ganze Zahlstelle der Bauarbeiter ist kürzlich vom Hilfs- zum Bauarbeiterverband übergetreten, es wäre nun auch bald an der Zeit, daß es mit den Metallarbeitern ebenso geschehen würde. Nach einem kräftigen und begeisterten Schlusswort des Referenten sowie des Vorsitzenden wurde die sehr interessante verlaufene Versammlung geschlossen. Für's neue Jahr wollen wir fleißig agitieren, unermüdet für unseren Verband tätig sein, dann wird sich der Erfolg zeigen.

Sozialer.

Die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

hat ihren Jahresbericht für 1906 herausgegeben, der zeigt, daß ihre Aufgaben von Jahr zu Jahr wachsen. Die Entnahmen derselben: Die Anstalt verzeichnete im Berichtsjahre insgesamt 306 048 Eingänge (gegen 293 642 im Jahre 1905 und 24 000 im Jahre 1891), zu deren Erledigung ein Beamtenspersonal von 278 (236 i. V.) Köpfen dient. Trotz der so außerordentlich angewachsenen Beschäftigte hat die Anstalt aber auch in diesem Jahre den schönen Ruhm bewahren können, diejenige der deutschen Anstalten zu sein, die mit den niedrigsten Verwaltungskosten wirtschaftet. Es entfielen nämlich auf 1000 Mk. der Gesamtannahme 46 Mk., und der Gesamtansgabe 57 Mark an Verwaltungskosten, während die Durchschnittszahlen für das Reich 72 bzw. 117 Mk. betragen. Die wirtschaftliche Lage spiegelt sich wieder in dem Erlös für verkaufte Marken, die die gewaltige Summe von 18,35 Millionen (17,1 Mill. i. V.) erreicht. Im ersten Halbjahr 1907 betrug die Einnahme schon 9,68 Millionen, mithin für das Jahr 1907 bei gleicher Einnahme im zweiten Halbjahr 19,36 Millionen Mk., was wiederum eine Steigerung von etwa 1 Million bedeutet. Dem steht gegenüber die Auszahlung von Renten und zwar in Höhe von 11,9 Mill. für Invaliden, von 1,3 Mill. für Alters- und 232 000 Mk. für Krankentenden. Außerst interessant ist hierbei der Nachweis der jährlichen Steigerung der Rentenauszahlungen seit 1900 in Prozenten: dieselbe betrug gegen das jeweilige Vorjahr im Jahre 1901: 10 Proz., 1902: 15,11 Proz., 1903: 12,07 Proz., 1904: 12,07 Proz., 1905: 9,16 Proz., 1906: 9,16 Proz. Es ergibt sich hieraus eine konstante Abnahme der jährlichen Steigerung und die allmähliche Annäherung an den Beharrungszustand. Den Rückhalt für diese Leistungen bildet das Vermögen der Anstalt. Dasselbe betrug rund 143 Millionen (133 Mill. i. V.) und ist zu etwa 95 Mill. in Wertpapieren angelegt, während der Rest zu gemeinnützigen Zwecken, und zwar zu 73 Prozent an Bauvereine, als Darlehen ausgeliehen ist. In umfangreicher Weise hat die Versicherungsanstalt wieder von der Einleitung des Heilverfahrens Gebrauch gemacht. Es lagen hierzu Anträge in rund 10 921 Fällen vor, von denen 6590 (2400 i. V.) in Behandlung genommen wurden, während 2533 (2400 i. V.) eine Ablehnung erfahren mußten. Die Gesamtkosten beliefen sich hierfür auf 17,18 Millionen, wovon auf die Behandlung Lungentrunder der Löwenanteil mit 12 Mill. entfällt. An Angehörige solcher Versicherter, die infolge des Heilverfahrens nicht in der Lage sind, ihre Familie zu ernähren, wurden 345 000 Mk. Unterstützungen gezahlt. Der Erholung von Rekonvaleszenten dienen die Waldheilungsstätten im Aaper Wald bei Düsseldorf, die mit 433 Personen in 12 538 Pflanztagen belegt waren und einen Kostenanwand von etwa 30 000 Mk. verursachten. Während es sich bei dem Heilverfahren um eine nur von kürzerer Dauer handelt, durch die vorübergehend erwerbsunfähige Personen hergestellt werden sollen, bezweckt die Invalidenpflege die dauernde Pflege erwerbsunfähiger Personen. Dieselben werden zu diesem Zweck in ländlichen, gesund gelegenen Krankenhäusern möglichst der engeren Heimat untergebracht, und zwar bei Tuberkulose und Mischinfektion nur gegen Abtretung der Miete. Zur Durchführung des Heilverfahrens bei Muskel- und Gelenkrheumatismus sowie verwandten Krankheiten plant die Versicherungsanstalt die Errichtung einer Heilstätte in Aachen-Dürtscheid, auf einem Grundstück, auf welchem sich drei heiße Quellen befinden. Sie soll für 250 Betten eingerichtet und Ende 1909 eröffnet werden. Die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz ist im Berichtsjahre von einem Senatsvorsitzenden des Reichsversicherungsamtes auf das eingehendste geprüft worden. Auf Grund dieses Revisionsberichts hat das Reichsversicherungsamt dem Vorstand keine Anmerkungen entgegen-

Eine Novelle zur Gewerbeordnung

Die schon lange angekündigt war, ist dem Reichstag vor dem Eintritt der Weihnachtsferien zugegangen. Der Hauptinhalt derselben ist folgender:

Im Artikel 1 ist eine anderweitige Fassung des § 113 Abs. 1 über die Ausstellung von Zeugnissen für gewerbliche Arbeiter und eine Ergänzung des § 114a über die Einführung von Lohnbüchern oder Arbeitszeittafeln vorgesehen, ferner werden Abänderungen des § 120 Abs. 3 über die Verpflichtung zum Besuche von Fortbildungsschulen und über die zur Ausführung dieser Bestimmung erforderlichen Vorschriften sowie des § 120c Abs. 1 betreffend den Erlaß von Bestimmungen des Bundesrates zur Durchführung der in den §§ 120a bis 120e enthaltenen Grundzüge in Aussicht genommen, auch wird eine Erweiterung der Bestimmung im § 120e über die dem Bundesrate bisher ausschließlich verliehene Ermächtigung zur Bekämpfung der von übermäßigen Nebenberufen herrührenden Gefahren und in Zusammenhang hiermit eine Verringerung des § 120 Abs. 2 vorgezeichnet. Der Artikel 2 enthält Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Werkmeister, Techniker usw., während im Artikel 3 Bestimmungen über die Herabsetzung der zehnjährigen Maximalarbeitszeit der Arbeiterinnen auf eine zehnjährige Dauer und Vorschriften über die Einführung einer effizienten ununterbrochenen Nachtruhe für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter aufgenommen sind; außerdem wird neben der Aufhebung des § 134 Abs. 3 über die Lohnzahlung eine feste Abgrenzung des Geltungsbereiches der Arbeiterjahrsbestimmungen in Vorschlag gebracht. Der Artikel 4 regelt die Arbeitsverhältnisse in der Hausarbeit, der Artikel 5 enthält eine Ergänzung der Strafverordnungen, insbesondere nach der Richtung hin, daß für wiederholte Vergehen gegen gewisse Arbeiterjahrsbestimmungen ein erhöhtes Strafmaß und ein erhöhtes Mindeststrafmaß eingeführt wird. In den Artikeln 6 und 7 haben diejenigen Vorschriften Aufnahme gefunden, welche sich infolge der im Artikel 3 vorgesehenen Änderungen der Gewerbeordnung und der Bundesratsbestimmungen als erforderlich erweisen. Im Artikel 8 wird über das Inkrafttreten des Gesetzes Bestimmung getroffen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1900 in Kraft treten.

Was darin fehlt, ist vor allem der zehnjährige Maximalarbeitszeit für alle, auch die männlichen Arbeiter. Die Regierung will also wieder halbe Arbeit machen. Hoffentlich gelingt es dem Reichstag, aus der halben ganze Arbeit zu machen und damit eine längst prangende Frage endlich zu lösen.

Soziale Wahlen.

Schönauke. Am 17. Dez. fand die Vertreterwahl zur hiesigen Ortsparlamentarierkammer statt. Die Liste der christlichen Gewerkschaften und Arbeitervereine erhielt 463, die der freien Gewerkschaften 284 Stimmen. Somit haben die Christlichen 23 (bisher 6), die Freien 15 Vertreter. Das Resultat ist als ein sehr erfreuliches zu verzeichnen. Leider haben viele christlich denkende Arbeiter es nicht für nötig gefunden, an der Wahl teilzunehmen, sonst wäre der Sieg noch glänzender gewesen. Jetzt heißt es raschlos weiterarbeiten, damit wir bei der nächsten Wahl noch etliche von den 15 Freiheitshelden aus dem Sattel heben können.

Sildesheim. Einen glänzenden Sieg haben die christlich organisierten Maurer Sildesheims gelegentlich der Vertreterwahl zur Ortsparlamentarierkammer für das Baugewerbe errungen. Bei der Wahl siegte die Liste der christlichen Maurer, so daß letztere von 57 Vertretern 44 erhielten. Auch die letzten 13 hätten noch gewonnen werden können, wenn die Bauarbeiter und Zimmerer mehr wie bisher dem roten Terrorismus tröndelnd, sich der christlichen Organisation anschließen würden.

Literarisches.

(27. Jahrgang des Deutschen Schlosser- und Schmiede-Kalenders 1900.)

Segeländer von Ulrich A. Maury. Bearbeitet und herausgegeben von Dipl. Ing. Dr. H. Walter, Professor an der Universität Halle a. S. Preis 3 Mark.

Selben erschien im Verlage von H. A. Ludwig Degeto, Leipzig, der neue 27. Jahrgang dieses in Interessentenkreisen beliebten Jahrbuches und Kalenders für das Jahr 1900. Wie in den früheren Jahrgängen, so gewahrt man auch in diesem bei sorgfältigem Vergleich sehr bald überall die besternde, ergänzende und alle Fortschritte auf den verschiedenen Gebieten verzeichnende Hand des in diesem Jahr erfahrenen Herausgebers, dem auch bei der Bearbeitung des neuen Jahrganges wieder eine ganze Reihe von Sachverständigen hilfreich zur Seite gestanden haben. Allen Kollegen, die sich in unserem weitverzweigten Beruf weiltätig machen, kann das Werk als praktischer Ratgeber empfohlen werden.

Die Gelben.

Mit besonderer Berücksichtigung der Gelben Frankreichs. Verlag des Generalsekretariats der christl. Gewerkschaften, Köln. Preis 0,50 Mk.; Agitationsausgabe 0,20 Mk. In übersichtlicher Weise ist in dieser Broschüre das vorhandene Material über die gelbe Gewerkschaftsbewegung zusammengestellt. Wir finden u. a. folgende Kapitel: „Der Ursprung „gelber“ Gewerkschaften in der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, „Spezialarten gelber Organisationen“, „Die wahren Gründe“, „Von Typus der Gelben“, „Zur Theorie der Gelben“, „Deutsche Unternehmerverbände und die Gelben.“ Der die gelbe Gewerkschaftsbewegung imitiert will, kann das reichhaltige Material nicht aufzählen. Den Mitgliedern des Verbandes kann der Kauf derselben nur empfohlen werden. Der Kampf gegen die Gelben wird unter den Arbeitern der Metallindustrie von Erfolg begleitet sein, wenn sich die Kollegenschaft des

Goethe'schen Sprüchens bemußt ist, der auch der Beschäfte über die Gelben als Motto dient:

„Wenn Du Dich selber machst zum Knecht, Bedauert Dich niemand, geht's Dir schlecht.“

Die an dieser Stelle angezeigten Bücher und Schriften sind durch die Buchhandlung des Generalsekretariats der christl. Gewerkschaften zu Köln, Palmstraße 14, zu beziehen.

Praktischer Ratgeber bei Stener-einkünfteabgabe und Stener-reklamation nebst Preussischem Einkommensteuergesetz vom 19. 6. 06. / 18. 6. 07. (S. 23)

Von einem Steuersekretär. Verlag: L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80. 128 Seiten. Preis 60 Pfg.

Das neue Einkommensteuergesetz von 1906 mit der Abänderung von 1907 (§ 23 betr. Pflicht des Chefs zur Angabe des Einkommens der Angestellten) bietet eine solche Menge Neuerungen, daß es für jeden Steuerpflichtigen unbedingt erforderlich ist sich über die speziell für ihn in Betracht kommenden Punkte genau zu orientieren. Das Studium des nackten Gesetzes wird vielen schwer fallen. Der Verfasser hat es sich zur Aufgabe gemacht, das zu sammenzustellen, was jeder Steuerzahler wissen muß, um sich gesetzlich einfügen und zu hohe Veranlagung erfolgreich abwenden zu können. Gleichzeitig sind Muster-Reklamationen, als da sind: Einspruch, Verurteilungen und Beschwerden vorgegeben, welche für den Steuerzahler von Interesse sind. Am Schluß ist das neue Einkommensteuergesetz abgedruckt. Die Anschaffung des handlichen Werkchens ist jedem Steuerzahler als nützlich zu empfehlen.

Sterbetafel.

Wilmsh. Unser Kollege Michael Veiter starb am 22. Dezember infolge eines Gehirnschlages.
München. Am 25. Dezember starb unser Kollege G. Kappel an Lungenentzündung.
M. Burbach S. Am 28. Dezember starb unser Kollege Franz Maillon infolge Typhus im Alter von 36 Jahren.
Offen. Am Freitag, den 3. Januar, nachm. 1/3 Uhr starb unser Kollege Heinrich Winkels an Lungenentzündung.
Ehre ihrem Andenken!

Briefkasten.

Nach München. Von der Veröffentlichung der Resolution, worin ihr Euerem Bestreben über das Ahlener Urteil Ausdruck geht und gegen das beleidigende Vorgehen des Gegenanwaltes protestiert, wollen wir Abstand nehmen. Vor dem Landgericht Münster gilt's ja die zweite verbesserte Auflage. — Nach Berlin. Die Siebe haben geliebt, da hast du recht. Beweis ist ja die Demonstration im letzten Heft des „Arbeiter“. Darauf einzugehen ist jedoch überflüssig, bis die Leute die Sprache wiederfinden. — Nach Ostfriesland. Die Enttäuschung der „Metallarbeiter-Bez.“ ist ja der beste Beweis, wie angebracht unsere Ratschläge waren. Mit den roten Hechern und Stärkern kurzen Prozess machen und sie hinausweisen, wo sie trotzdem noch dreist genug sind, einzubringen. — Nach Heidenheim. Mir's denn so unheimlich schwer zu kopieren, daß Berichte für die Zeitung nur auf einer Seite beschrieben werden dürfen.

Aufforderung.

Die Kollegen werden ersucht die Adresse des Koll. Paul Jaffe Buch Nr. 71002 an den Kassierer der Zahlstelle Sildesheim, Kollegen G. Himstedt, Moritzberg, Krehlstraße 4a zuzusenden.

Verammlungs-Kalender.

Kollegen! Ein pflichtbewußter Gewerkschaftler wird ohne zwingenden Grund in keiner Verammlung fehlen.
Bromberg. Die Mitlieder-Verammlungen finden für das laufende Vierteljahr vierteljährig des Sonntags statt. Die nächste Verammlung ist am 11. Januar.
Duisburg I. Sonntag, den 12. Januar morgens 11 Uhr Gewerkschaftshaus Seitenstr. 19.
Duisburg-Rheinhausen. Sonntag, den 12. Januar nachmittags 3 1/2 Uhr bei Gies, Reimersheimerstraße.
Dülken. Sonntag, den 12. Januar, Generalverammlung.
Dülmen. Sonntag, den 12. Januar, vorm. 11 Uhr Generalverammlung mit Vorstandswahl bei Frau Witwe Kante.
Düren (Hhd.) Sonntag, den 12. Januar, Generalverammlung bei Künstberg, Philippsstraße. Neuwahl des Vorstandes, Jahresbericht und Änderung des Ortsstatuts.
Danzig. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 2 Uhr im St. Spieshäuser Generalverammlung. Tagesordnung u. Vorstandswahl.
Scholt. Sonntag, den 18. Januar morgens 11 1/2 Uhr bei Adam Rimping, Kotelstr., außerordentl. Generalverammlung.
Dortmund Zahlstelle. Samstag, den 25. Januar, abends 9 Uhr Mitlieder-Verammlung.
Offen-Untrop. Sonntag, den 12. Januar vorm. 11 Uhr Verammlung Verkehrslokal Untrop.
Offen-Rüttenscheid. Sonntag, den 12. Januar abends 6 Uhr Verammlung Verkehrslokal Rüttenscheidstraße.

Offen-Untrop. Sonntag, den 12. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr Generalverammlung bei Wirt Trogenmann.
Offen-Stadt. Sonntag, den 19. Januar, abends 7 Uhr Verammlung im Gewerkschaftshaus, Krohnhauserstr. 15.
Offen-Segeroth. Sonntag, den 19. Januar, abends 7 Uhr Verammlung im Verkehrslokal Büsch, Segerothstraße.
Offen-Krohnhausen. Sonntag, den 19. Januar, abends 7 Uhr Verammlung im Verkehrslokal Wirt Klötjen, Krohnhauserstraße ist am 11. Januar.
Offen (Schloffer u. Schmiede der Kleingewerbe). Samstag, den 11. Januar, abends 9 Uhr Verammlung im Verkehrslokal „Gewerk des Hauses“ Krohnhauserstr. 19.
Offen-Rüttenscheid. Sonntag, den 12. Januar nachm. 6 Uhr Verammlung im Verkehrslokal Waaning, Rüttenscheidstraße.
Offen-Mellingshausen. Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 Uhr Verammlung im Verkehrslokal Wirt Köhne.
Offen-Oran. Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 Uhr Verammlung im Verkehrslokal Gontenber.
Offen-Rach. Die Generalverammlung findet am 18. Januar im Vereinslokal Lud., Georgenstraße 29 statt.
Flensburg. Mittwoch, den 8. Januar, Generalverammlung, Vorstandswahl und Vertrauensmännerwahl bei E. Raabe, Marienstraße 1.
Görlitz. Samstag, den 11. Januar, Generalverammlung mit Vorstandswahl. Paters Restaurant Mittelstr.
Glöbeck. Die Generalverammlung mit Vorstandswahl findet Sonntag nachmittags den 12. Januar im christl. Gewerkschaftshaus Peter Morpoh statt.
Gelsenkirchen-Herzfeldt. Sonntag, den 12. Januar vorm. 11 Uhr Generalverammlung mit Vorstandswahl bei Masfur, Bochumerstraße.
Hörde. Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 4 Uhr Verammlung im Arbeitervereinslokal.
Homburg-Warab. Sonntag, den 12. Januar nachmittags 5 Uhr außerordentliche Verammlung bei Ww. Schnitter Homburg.
Kref. Ortsverwaltung. Die Sektionsverammlungen finden wie folgt statt: Holl und Lingst jeden 1. und 3. Sonntag im Monat morgens 11 Uhr; Kall und Humbold-Colon jeden 2. und 4. Sonntag im Monat morgens 10 1/2 Uhr, sämtlich in den Vereinslokalen.
Münch. Sonntag, den 11. Januar, nachmittags 4 Uhr Verammlung im Arbeitervereinslokal.
München Samstag 19. Januar Gold. Zuter Monatsverammlung. Referat des Koll. Wt über: Die Tarifbewegung in Bawaria.
München. Samstag, den 1. Februar, ordentliche Generalverammlung im Arbeitervereinslokal. Tagesordnung: 1. Tätigkeits- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Ausschusses. 3. Anträge. 4. Bericht über den Verlauf des Jahres 1907. 5. Anträge sind bis Sonntag 15. Januar an den Vorsitzenden Koll. Rauch zu richten. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Unentschuldigtes Fernbleiben wird nach Beschluß der letzten Generalverammlung mit 60 Pf. Strafe zu Gunsten der Kassa geahndet.

Reheim. Am Sonntag, 12. Jan., 7 1/2 Uhr findet im Zentrallokal die Generalverammlung mit nachfolgender Tagesordnung (S. 1) statt. 1. Tätigkeitsbericht des Jahres 1907. 2. Kassenbericht. 3. Vorstandswahl und Vertrauensmännerwahl. 4. Anträge. a) Agitation b) Sozialunterstützung für arbeitslose oder erkrankte Mitglieder. 5. Vortrag eines auswärtigen Kollegen. Es ist Ehrenpflicht aller Mitglieder persönlich zu erscheinen.
Reziges. Die nächste Vorstandssitzung findet am Sonntag den 12. Januar, vorm. 11 Uhr bei Joh. Köpke, Wilhelmstraße statt.
Ortsverwaltung Hannover-Linden. Sonntag, den 11. Januar, abends punkt 9 Uhr Vorstandssitzung. — Die Ortsverwaltung muß unverzüglich, spätestens am 8. Januar beim 2. Kassierer Kollegen Karl Borchard, Linden, Fortunastr. 2, erscheinen, wo alle die Unterstützung Sonntags von 12—2 Uhr ausgeteilt wird.
Oppersheim. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr Verammlung bei K. Schnell.
Rheine i. Rh. Sonntag, den 12. Januar, vorm. 11 1/2 Uhr Mitlieder-Verammlung bei H. Mehring, nachmittags 8 Uhr allgemeine öffentliche Verammlung. 1. Punkt: Schädigung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie. Referent: H. Franzen, Duisburg. 2. Punkt: Was lehren uns die letzten wirtschaftlichen Kämpfe. Referent: B. Jumbach, Münster i. L. 3. Punkt: Feststellung.

Schramberg. Sonntag, den 19. Januar, findet um 1/2 2 Uhr im Bären Generalverammlung.
Sulzbach. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr Generalverammlung mit Rechnungsablage und Vorstandswahl bei Jopi Schall.
Siegen. Sonntag, den 26. Januar, außerordentliche Generalverammlung. Tagesordnung: Lokalauflösung.
Wittenburg. Sonntag, den 12. Januar, nachm. 4 Uhr Generalverammlung im „Majestätischen“.
Witten a. d. Ruhr. Sonntag, den 12. Januar, vorm. 11 Uhr Vertrauensmännerverammlung bei Schuhmacher. — Nächste Mitlieder-Verammlung am 18. Januar abends 8 1/2 Uhr.
Wasseralfingen. Die Generalverammlung findet am 12. Januar statt.

Riepenferl-
Sabote sind allen voraus!
1/2 Pfd.-Paquet à 20 Pfg. bis 1 Mark.
Heberall käuflich!
Alleinige Fabrikanten:
Oldenott-Rees.